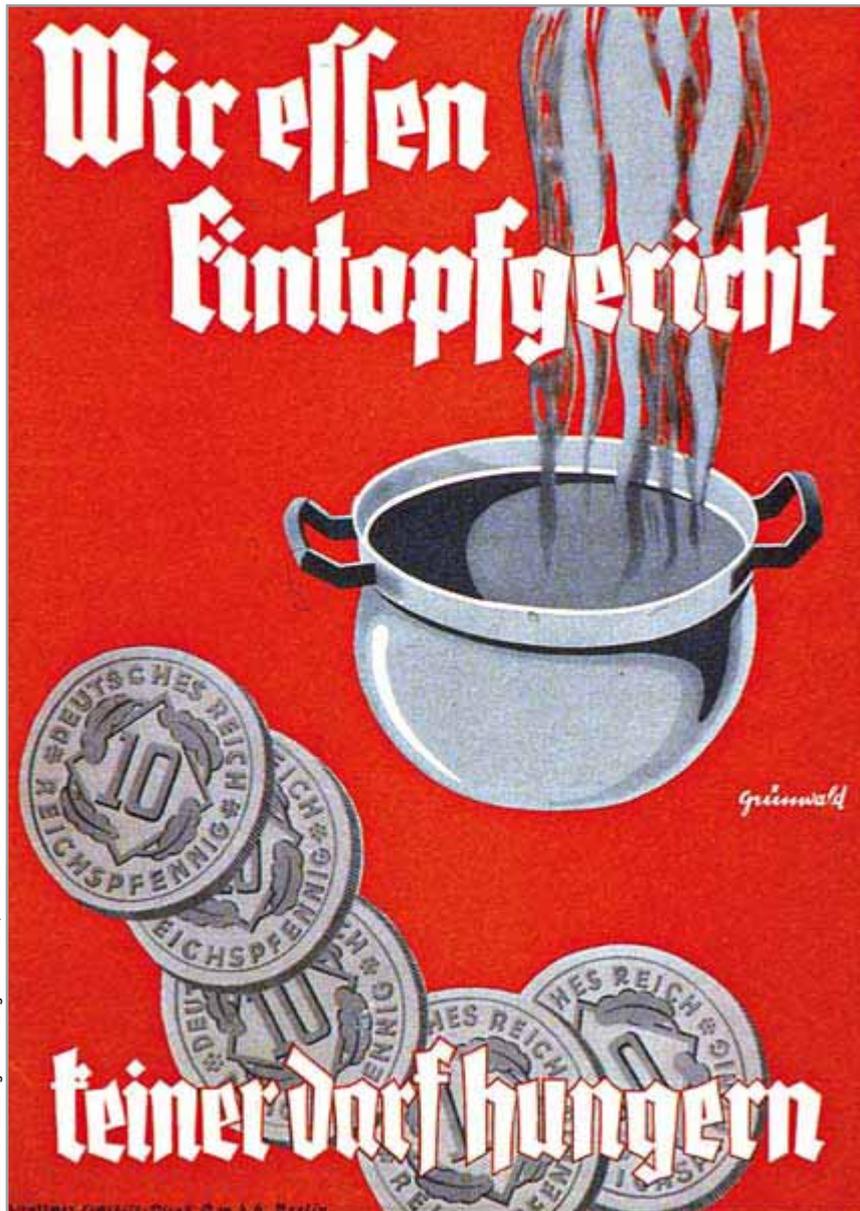


B 5 »Wir essen Eintopfgericht – keiner darf hungern« (ca. 1935)

Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Plakat 08


Quelle

Am 18. Januar 1934 schreibt die nationalsozialistische Zeitung »Der Führer«:

»Die Praktiker des Winterhilfswerks halten die in Berlin erfundene Idee des Eintopfgerichts für die beste Idee der ganzen Aktion. Sie ist eine der vielen originellen Einfälle, die die nationalsozialistische Propaganda so schlagkräftig machen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich die Eintopfspende, die bekanntlich am ersten Sonntag eines jeden Monats gesammelt wird, mehr und mehr durchgesetzt ...«
Der Führer vom 18. Januar 1934

ARBEITSAUFRÄGE

- Beschreibe das Plakat und das Foto. Bewerte die Teilnahme des badischen Gauleiters an dem Eintopfessen.
- Arbeite die Bedeutung des »Eintopfsonntags« für die NS-Volksgemeinschaftsideologie heraus. Informiere dich dafür auch über das Winterhilfswerk und dessen Stellenwert innerhalb der NS-Organisation (www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/eintopf/index.html).
- Interpretiere die Aufforderung »Keiner darf hungern« vor dem Hintergrund der sozialen Lage in der Endphase der Weimarer Republik. Vergleiche mit **A 5** und **A 14**.

Plakat des im September 1933 gegründeten Winterhilfswerks

Der Aufruf zum Eintopfessen und zur Spende des eingesparten Geldes gehörte bald zum Alltag im »Dritten Reich«. Die im Haushalt durch das billige Eintopfessen eingesparten Beträge wurden von Mitgliedern der verschiedenen Parteiorganisationen abgeholt. Seit dem 12. Oktober 1935 fanden z. B. in Karlsruhe öffentliche Eintopfessen in der Festhalle statt, an denen die Prominenz der Stadt teilnahm. Angesichts dieses massiven Einsatzes war es für den Einzelnen schwer, sich zu entziehen, zumal der Blockwart oder auch nur der Nachbar im wahrsten Sinne des Wortes sonntags »den Braten riechen« und dies melden konnten.



Stadtarchiv Karlsruhe 8/Alben 5, S. 99

Öffentliches Eintopfessen am 13. Dezember 1936 in der Festhalle Karlsruhe. Vorne links am Tisch ist der Gauleiter und Reichsstatthalter von Baden Robert Wagner zu sehen.

B 6 »In jedes Haus nur diese Zeitung!« (um 1933)



Stadtdarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 339

Werbeplakat für die nationalsozialistische Zeitung »Der Führer«

»Der Führer« erschien als offizielles und damit wichtigstes Organ der NSDAP in Baden seit dem 1. November 1927 in Karlsruhe, zunächst als Wochenblatt, seit August 1930 zweimal wöchentlich, ab 1. Januar 1931 täglich. Das Blatt hatte Anfang 1933 eine Auflage von 16.000 Exemplaren.

Der Führer muß in jedes Haus! Die Judenpresse fliegt hinaus! Wer heute noch mitkommen will, muß die nationalsozialistische Presse gelesen haben.«
Der Führer vom 29. Dezember 1930

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Analysiere den Aufbau des Plakats (der Mann, der den rechten Arm zum Hitlergruß erhoben hat, trägt SA-Uniform).
- ▶ Beurteile, inwiefern die Schlagzeile der abgebildeten Nummer des »Führers« dem Autor des Plakats als besonders werbewirksam gelten konnte.
- ▶ Fasse die Argumente des Quellentextes zusammen. Bewerte den Anspruch einer Parteizeitung, »die Wahrheit zu sagen«. Informiere dich dazu über die Lenkung der Presse im »Dritten Reich«.
- ▶ Stelle die Medien zusammen, aus denen du dich informieren kannst. Erläutere anhand dieser Aufstellung, weshalb es 1930 für die badischen Nationalsozialisten so wichtig erschien, über eine eigene Tageszeitung zu verfügen.

Empfohlene Internetseiten:

www.bpb.de/themen/KQHKEV.3.0.Literatur_und_Presse.htm
www.shoa.de/drittes-reich/propaganda/149.html

Quelle

Aus der NS-Zeitung »Der Führer« (1930):

»Der Generalangriff beginnt. Das Ziel vieler Jahre ist erreicht! Das Ergebnis langer Arbeit steht vor der Tür! Die Hoffnung aller badischen Nationalsozialisten ist erfüllt! In vier Tagen erscheint »Der Führer« als Tageszeitung in einer Riesenaufgabe. Die Vorbereitungen sind beendet. Keine Gelder jüdischer Banken und Warenhäuser stehen uns zur Verfügung. Der Idealismus aller hat die Entwicklung unseres Blattes bis zur Tageszeitung

ermöglicht. Aus den Groschen unserer treuen Anhänger ist die Zeitung aufgebaut worden. Sie ist nationalsozialistische Kleinarbeit vom Leitartikel bis zur letzten Anzeige. Jeder muß wissen, daß hier ein Beweis geliefert wird dafür, daß der Nationalsozialismus nicht nur aus Phrasen besteht, wie uns unsere Gegner so gerne nachsagen, sondern daß er harte und zähe Aufbauarbeit ist. Eine Stimme des Volkes soll unsere Tageszeitung werden, wie sie bisher als Wochenblatt die Aufgabe erfüllt hat, aus dem Herzen des Volkes heraus die Wahrheit zu sagen. (...)

B 7

»Ganz Deutschland hört den Führer mit dem Volksempfänger« (1936)



Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Plakat 01

Quelle

Aus der Rede von Joseph Goebbels zur Eröffnung der 10. Funkausstellung in Berlin am 18. August 1933:

»Auf Napoleon wird das Wort von der »Presse als der 7. Großmacht« zurückgeführt. Was die Presse für das 19., das wird der Rundfunk für das 20. Jahrhundert sein; man könnte (...) das Wort Napoleons dahin variieren, daß der Rundfunk die 8. Großmacht darstellt. Seine Erfindung und Ausgestaltung für das praktische Gemeinschaftsleben der Menschen ist von einer wahrhaft revolutionären Bedeutung. Vielleicht werden spätere Ge-

schlechter einmal feststellen, daß der Rundfunk für unsere Zeit genau so eine neue Entwicklung der geistigen und seelischen Beeinflussung der Massen eingeleitet hat wie vor Anbruch der Reformation die Erfindung der Buchdruckerkunst. (...) Es ist unser herzlicher Wunsch, daß Technik, Industrie und geistige Leitung des deutschen Rundfunks von hier ab entschlossen den neuen Weg beschreiten, an dessen Ende unser aller gemeinsames großes Ziel steht: Ein Volk, ein Reich, ein Wille, eine schöne deutsche Zukunft!«
Der Führer vom 19. August 1933

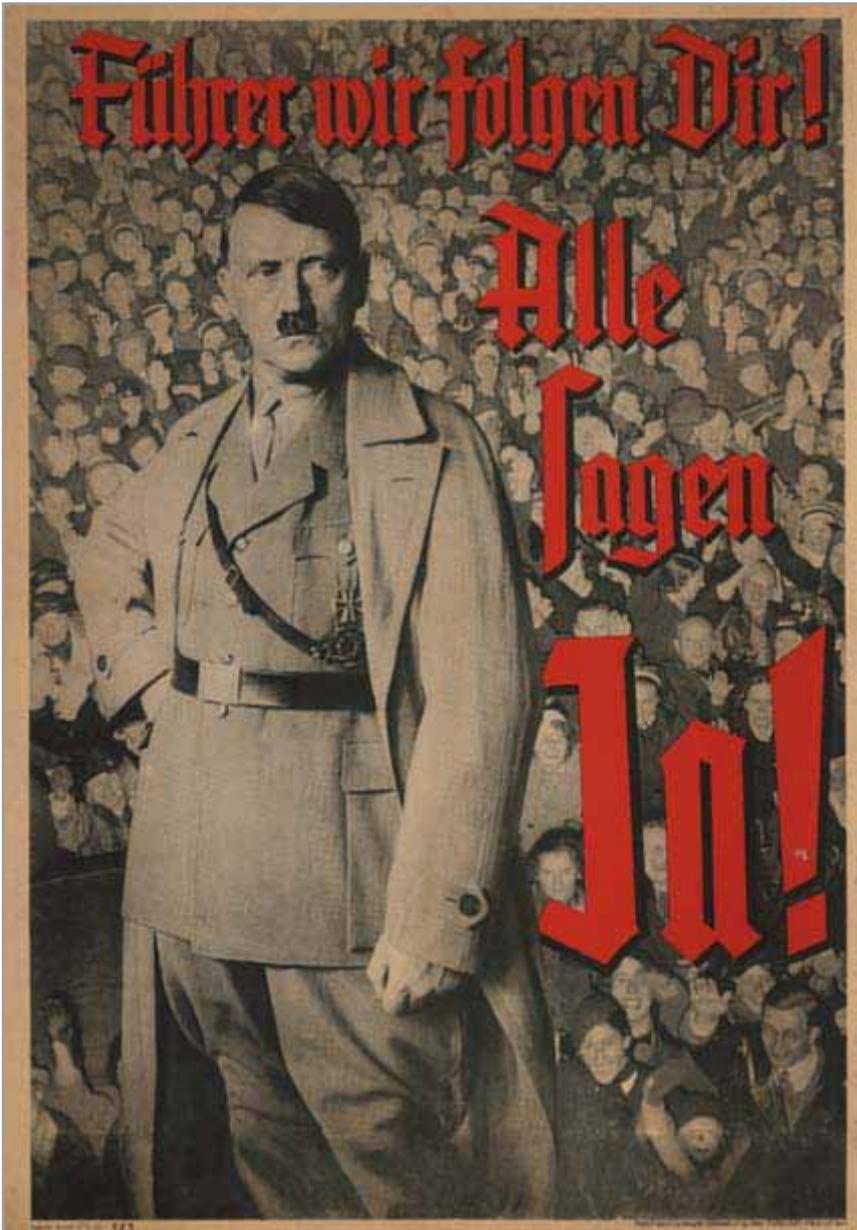
Werbeplakat für den »Volksempfänger«

Dieses Plakat hing ab Juli 1933, also einen Monat vor dem Erstverkaufstag des »Volksempfängers«, bei allen großen Rundfunkhändlern im Schaufenster und im Laden. Der »kleine Volksempfänger« kostete 30 Reichsmark, der hier abgebildete größere 65 Reichsmark.

ARBEITSAUFTRÄGE

- Beschreibe das Plakat. Erläutere die Wirkung, die es zu erreichen sucht.
- Informiere dich über die Maßnahmen, mit denen das NS-Regime die Deutschen seiner Propaganda unterwarf. Erkunde den Stellenwert, der dem Rundfunk und dem »Volksempfänger« hierfür beizumessen ist. Beziehe in deine Arbeit auch den Quellentext mit ein.
- Erkunde die Bedeutung, die der Person und dem Wirken des »Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda«, Joseph Goebbels, für das »Dritte Reich« zukam. Deine Recherche kann sich auf folgende Internetseiten stützen, die auch Tonbeispiele liefern:
www.dhm.de/lemo/html/nazi/alltagsleben/volksempfaenger/index.html
www.dhm.de/lemo/html/biografien/GoebbelsJoseph/index.html
- Erläutere, inwiefern der Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf die Unterwerfung der Informationsmedien unter die Diktatur des »Dritten Reiches« gewertet werden kann.

B 8 »Führer wir folgen Dir! Alle sagen Ja!« (1938)



Plakat mit Fotomontage zur Volksabstimmung über den »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich und die »Wahl« zum Großdeutschen Reichstag am 10. April 1938

Quelle

Aus der Jahresübersicht wichtiger Ereignisse in Karlsruhe, die im Adressbuch der Stadt 1939 veröffentlicht wurde:

»9. April 1938: Tag des Großdeutschen Reiches. Sämtliche Betriebe sind zu Betriebsappellen angetreten. 2 Minuten Verkehrsstille. Flaggenhissung. Standkonzerte. Aufmarsch zur Kundgebung. Illumination der Häuser. Großkundgebung auf dem Adolf-Hitler-Platz mit Übertragung der Führerrede von Wien. Fackelzüge. In Durlach Propagandamarsch der NS-Formationen. Große Kundgebung auf dem Sportplatz an der Weingartnerstraße, Höhenfeuer auf dem Turmberg.
10. April 1938: Volksabstimmung. In Karlsruhe-Stadt bekennen sich 99,53 vom Hundert zum Führer.«

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Analysiere das Plakat. Berücksichtige dabei die Darstellung Hitlers (Größenverhältnis, Körperhaltung, Gesichtsausdruck, Kleidung) und seiner Gefolgschaft. Erörtere, inwiefern bildliche Darstellung und Text aufeinander bezogen sind.
- ▶ Arbeite heraus, mit welchen propagandistischen Mitteln und Aktionen die Nationalsozialisten die Volksabstimmung beeinflussten. Ziehe dazu auch die Quelle und die Abbildung des Stimmzettels heran.
- ▶ Erläutere die Bedeutung des »Anschlusses« von Österreich im Zusammenhang mit der Außenpolitik Hitlers (www.hdg.de/lemo/html/nazi/aussenpolitik/index.html).
- ▶ Erstelle die Tagebuchnotiz, in der ein Deutscher, der eigentlich die Politik Hitlers ablehnt, sein »Ja« bei der Volksabstimmung vor sich selbst zu rechtfertigen sucht. Ziehe dazu den ersten Satz der Quelle zu **A 7** heran.



Stadtsarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 383

Gemeindearchiv Hirschberg a. d. Bergstraße

B 9 »Um Freiheit und Leben – Volkssturm« (Herbst 1944)


Anschläge. Politische Plakate in Deutschland 1900–1970, Anschlag Nr. 126

Quelle

Bericht der Gauleitung Baden an die Parteikanzlei vom 4. November 1944:

»Von der Gegenseite wird die Aufstellung des Deutschen Volkssturmes als Geheimwaffe bewitzelt. Man sagt: V2, das seien die Kinder und Greise, die jetzt im Volkssturm Soldat sein müßten, und als nächstes käme dann V3, wenn die Mädchen und Frauen zur Wehrmacht einberufen würden (...). Von den Gegnern wird die Aufstellung des Volkssturmes als Deutschlands letzter verzweifelter, aber zweckloser Versuch zur Rettung bezeichnet. In den soeben zur Durchführung

kommenden Kurzlehrgängen für die Bataillons- und Kompanieführer des Deutschen Volkssturmes wurde die Forderung aufgestellt, daß kein Appell und Dienst des Volkssturmes stattfinden darf, ohne daß mindestens eine Viertelstunde der politischen Ausrichtung der Volkssturmmänner gewidmet wird.«

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, Karlsruhe 1975, S. 90 (Original Generallandesarchiv Karlsruhe 465d/47)

**Plakat der Reichspropaganda-
leitung, das für den Eintritt in
den Volkssturm wirbt. Gestaltet
wurde es von »Mjöltnir« (Künst-
lername des Reichsbeauftragten
für Künstlerische Formgebung
Hans Herbert Schweitzer)**

Der »Volkssturm« wurde im September 1944 gebildet. Er sollte alle noch nicht kämpfenden waffenfähigen Männer zwischen 16 und 60 Jahren für die Verteidigung des »Heimatbodens« und den von der NS-Propaganda in Aussicht gestellten deutschen »Ersieg« aufbieten. Als Kennzeichen trugen die Angehörigen des Volkssturms eine rote Armbinde, die auf schwarzem Grund das »Hoheitszeichen« des »Dritten Reiches« sowie die Aufschrift »DEUTSCHER VOLKSSTURM/WEHRMACHT« zeigte.

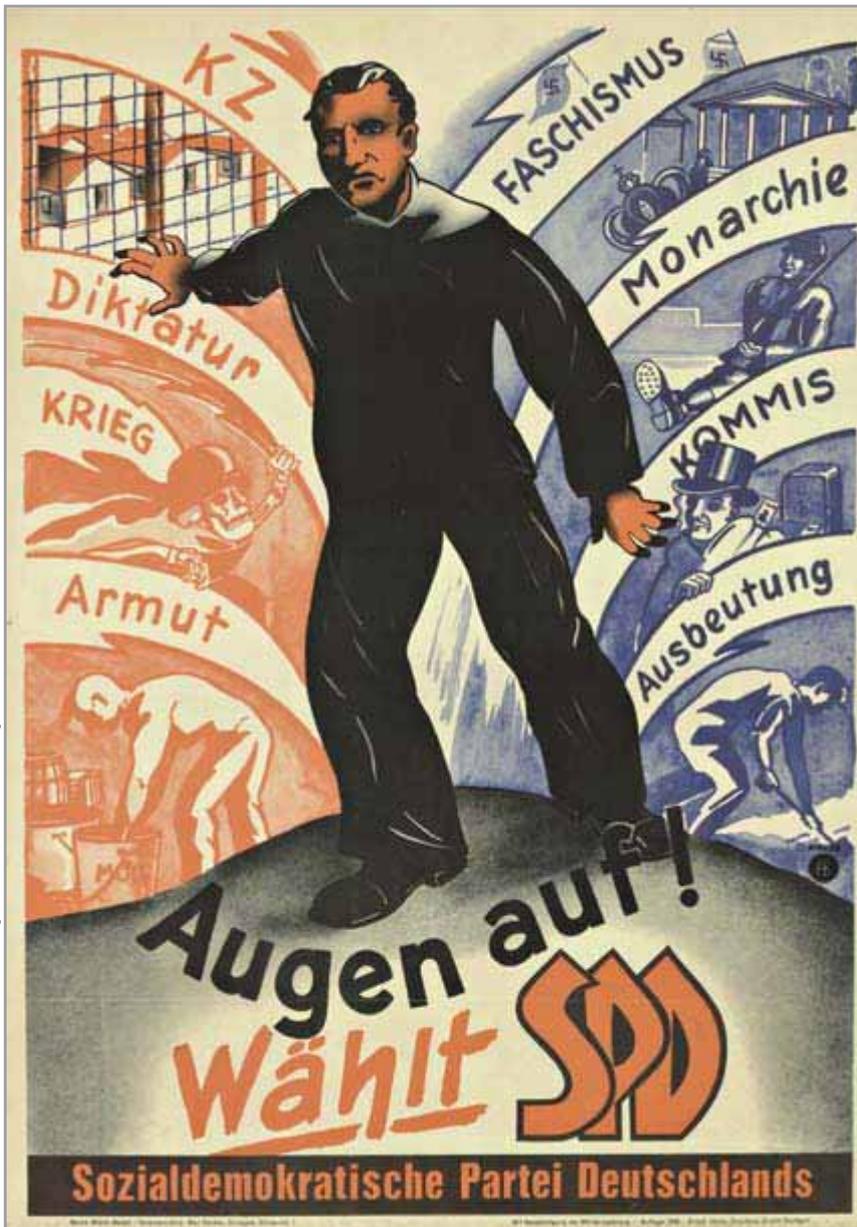
ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe die abgebildeten Männer in Bezug auf Altersunterschied, Körperhaltung und Gesichtsausdruck. Erläutere den Zusammenhang zwischen Textaussage und bildlicher Darstellung.
- ▶ Beurteile die in der Quelle genannte Forderung, dass »kein Appell und Dienst des Volkssturmes« stattfinden dürfe, ohne dass eine gewisse Zeit auf die »politische Ausrichtung« der Männer verwendet würde.
- ▶ Bewerte die Feststellung, dass das NS-Regime mit der Errichtung des Volkssturms »die zumeist jugendlichen Hitlerjungen und älteren Männer notdürftig bewaffnet und schlecht ausgebildet in einen ungleichen Kampf gegen einen überlegenen Gegner« und damit in den sicheren Tod schickte. Ziehe dazu die Quelle heran. Außerdem kannst du dich auf die Internetseite stützen, der auch das Zitat entnommen ist und die Berichte von zwei »Kinder- oder Schülersoldaten« bietet: www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/volkssturm/index.html

C • Nachkriegszeit und junge Bundesrepublik

Materialien C 1–C 19

C 1 »Augen auf!« (1946)



Wahlplakat der SPD zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

war die Bevölkerung von Württemberg-Baden aufgerufen, eine verfassunggebende Versammlung zu wählen (SPD 32,3 %, CDU 40,9 %, DVP 16,8 % und KPD 10,0 %). Am 24. November wurde die Bevölkerung wieder zur Urne gerufen. Nun sollte die Landesverfassung bestätigt und zugleich der Landtag gewählt werden. Das Wahlergebnis: CDU 38,4 %, SPD 31,8 %, DVP 19,5 %, KPD 10,3 %.

ARBEITSAUFRÄGE

► Beschreibe den Aufbau des Plakats. Arbeite dabei heraus, wie sich die Schriftfahnen und die bildlichen Darstellungen in der rechten und linken Bildhälfte aufeinander beziehen (»KOMMIS«, richtig »KOMMISS«, bedeutet Militär). Ziehe zum Vergleich Plakat A 16 heran.

► Benenne die Aussage des Plakats. Berücksichtige dabei die geschichtlichen Erfahrungen der SPD. Sie hatte bis 1945 drei politische Systeme durchlaufen: Monarchie, Weimarer Republik und NS-Zeit. Während der NS-Diktatur waren tausende Sozialdemokraten in Konzentrationslagern und Zuchthäusern inhaftiert und ermordet worden. Einer der Ermordeten war der badische SPD-Politiker Ludwig Marum (vgl. dazu A 11).

► Untersuche, inwiefern das Parteienspektrum des Jahres 1946 in Württemberg-Baden das Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er bzw. 1960er Jahren vorwegnimmt. Erläuterungen zur DVP und zur CDU findest du in C 2 bzw. C 3.

Hintergrund

Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die amerikanische und französische Besatzungsmacht die alten Länder Baden und Württemberg in drei Länder auf. In der französischen Zone wurden Württemberg-Hohenzollern und Baden gegründet, in der amerika-

nischen Zone Württemberg-Baden. Im August 1945 ließen die Amerikaner wieder die Neugründung politischer Parteien zu. Die SPD knüpfte an ihre Tradition als demokratische Arbeiterpartei an. Erste Wahlen fanden zunächst auf kommunaler, dann auf Landesebene statt. Am 30. Juni 1946

C 2 »Durch Demokratie zur neuen Freiheit« (1946)

Wahlplakat der Demokratischen Volkspartei (DVP, später FDP) zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Die freiheitlich-liberale Partei war 1933 unter dem Druck der Nationalsozialisten aufgelöst und 1945 durch namhafte Politiker wie Reinhold Maier und Theodor Heuss neu gegründet worden. Die Partei knüpfte an die große Tradition der Linksliberalen an, die bereits im Kaiserreich in Württemberg eine wichtige Rolle gespielt hatten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die US-amerikanische Militärregierung Reinhold Maier zum Ministerpräsidenten und Theodor Heuss zum Kult(us)-minister von Württemberg-Baden ernannt. Beide sind auf dem Plakat namentlich erwähnt. Beide waren auch schon vor 1933 politisch aktiv (vgl. Plakat A 13).



Stadearchiv Karlsruhe 8/PBS X 1326

Quelle

Bei einer Kundgebung der DVP am 17. November 1946 ging Reinhold Maier auf die Rolle der Parteien beim Wiederaufbau Deutschlands ein:

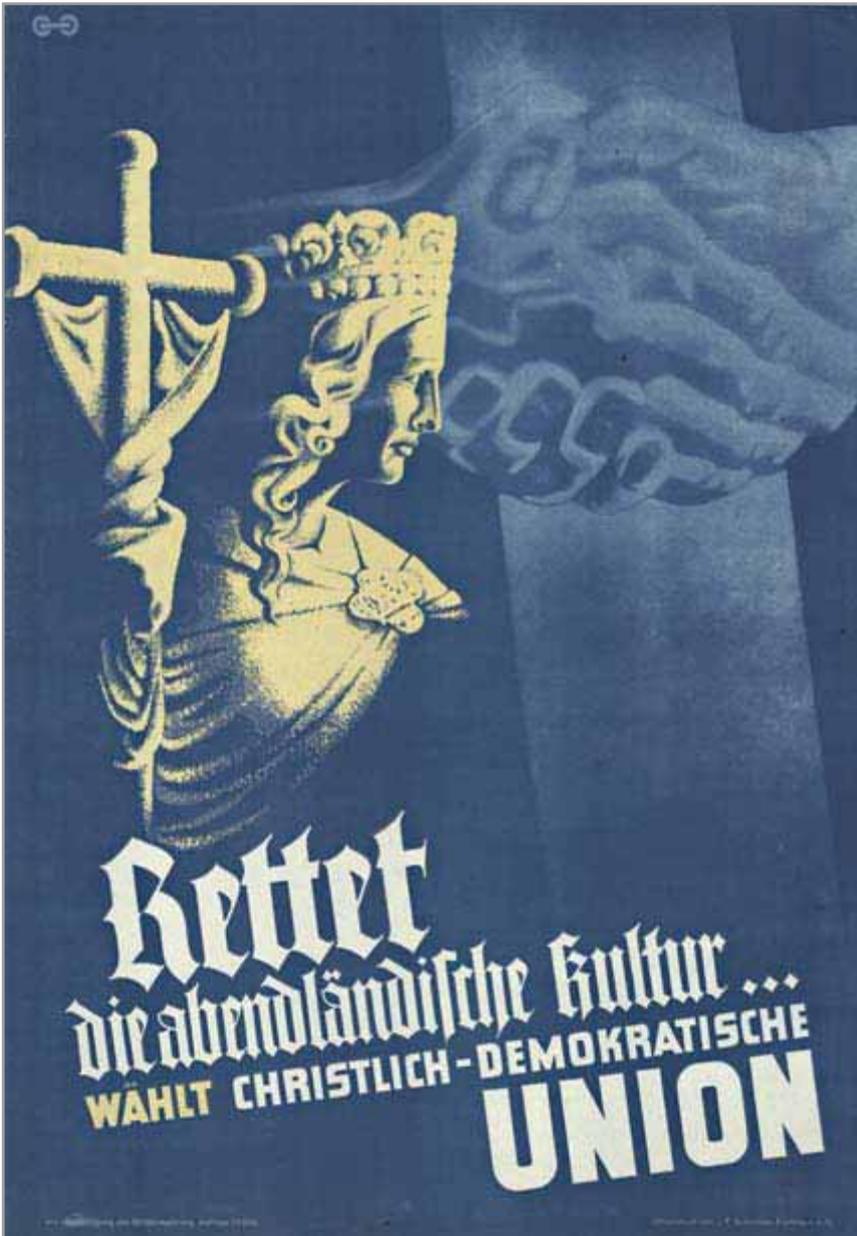
»Die Parteien sind ein wichtiges Element bei der Bildung des öffentlichen Willens, und es wird bestimmt nicht leicht sein, den Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu finden. (...) Wir haben uns gegen links und rechts zu wehren. Am gefährlichsten sind aber die Stöße von hinten. Wehe denen, die glauben, in dieser Übergangszeit vom Kriege zum Frie-

den Oppositionsspielereien treiben zu können. Es darf für die nächste Zeit keine Opposition aus Grundsatz geben. Heute geht es um sehr nüchterne Dinge wie Ernährung, Wohnung und Kleidung. (...) Auch wir wollen eine soziale deutsche Demokratie, ein durch und durch soziales Deutschland. Aber dazu brauchen wir die Freiheit als Voraussetzung. (...) Der Sozialismus hat seinen Siegeszug in der Welt angetreten und wird als Verheißung empfunden. Aber er wird zu einer Geißel, wenn er den Menschen zum Sklaven des Staates macht.«
Mannheimer Morgen vom 19. November 1946

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe den Aufbau des Plakats. Stelle die Verbindung her zwischen der bildnerischen Darstellung und dem Wahlslogan »Durch Demokratie zur neuen Freiheit«.
- ▶ Erkläre, mit welcher Berechtigung die DVP von der »neuen Freiheit« sprechen kann.
- ▶ Stelle den Textteil des Plakats – Artikel 6 des Parteiprogramms – der Rede von Reinhold Maier (vgl. Quelle) gegenüber.
- ▶ Arbeite den Anspruch heraus, den die Partei erhebt. Benenne die den Wählern gemachten Versprechen.
- ▶ Versetze dich in die Situation eines durch die Folgen der Diktatur und des Krieges Geschädigten, der einem Gesprächspartner erläutert, weshalb er seine Stimme der DVP geben wird.

C 3 »Rettet die abendländische Kultur ...« (1946)



Stadtarchiv Karlsruhe 8/PBS X. 1333

Quelle

Aufruf der Christlich-Demokratischen Union, Berlin, 26. Juni 1945:

»Deutsches Volk! In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich-Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine

Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die kultur-gestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.«

Hintergrund

Die CDU wurde 1945 als Parteien-neugründung ins Leben gerufen. Viele Gründungsmitglieder gehörten früher der konservativen Zentrums- und Christlich-Sozialen Volkspartei an, die als Vertretung der Katholiken eine der wichtigsten Parteien des Kaiserreichs und der Weimarer Republik gewesen war. Die CDU trat nun aber als

Wahlplakat der CDU zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Auf dem Plakat ist ein Hauptwerk mittelalterlicher christlicher Kunst abgebildet: Die Skulptur der Ecclesia am Südportal des Straßburger Münsters. Diese Figur, welche die Personifikation der Kirche darstellt, stammt aus dem 13. Jahrhundert.

überkonfessionelle Sammlungspartei hervor. Ihre Mitglieder waren auch ehemalige Mitglieder der alten protestantisch-konservativen Parteien, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, der DNPV und der rechtsliberalen DVP.

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Zeige, wie sich die Textbestandteile des Plakats auf die bildliche Darstellung beziehen. Beachte das Symbol, das sich aus der Anordnung der ineinander gelegten Hände und des dahinter liegenden Lichtstrahls ergibt.
- ▶ Erläutere, inwiefern das Plakat die im »Aufruf« von 1945 (vgl. Quelle) verkündeten Grundlagen der Partei in Bild und Text aufnimmt.
- ▶ Arbeite aus dem Plakat und den Texten eine Definition der »abendländischen Kultur« heraus, wie sie die CDU verstanden haben will. Überlege in diesem Zusammenhang, weshalb der Slogan in der altertümlichen Frakturschrift gehalten ist.
- ▶ Erkläre, weshalb die neue Partei auf dem Plakat mit dem vollen Namen erscheint und nicht mit der uns vertrauten Abkürzung CDU.
- ▶ Die Konkurrenten der CDU bei der Landtagswahl von 1946 in Württemberg-Baden waren die DVP (vgl. C 2), die SPD und die KPD. Untersuche, gegen welche dieser Konkurrenten sich das Plakat indirekt gerichtet haben könnte. Ziehe dazu auch C 9, C 10 und C 12 heran.
- ▶ Bei C 1 findest du die Ergebnisse der Landtagswahl in Württemberg-Baden vom 24. November 1946: Nimm Stellung zu dem Erfolg, den die CDU dabei erzielte.

C 4 »Der reaktionäre Schutt muß weg!« (1946)

Wahlplakat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Nach den Jahren des Verbots und der Verfolgung im Nationalsozialismus wurde die KPD 1945 neu gegründet. Sie trat für eine radikale Erneuerung von Politik und Gesellschaft ein.

will, wie der Betreffende sich in den vergangenen Jahren verhalten hat und nicht, wie man dies heute sehen möchte. (...) Inzwischen hatten sie [verschiedene Betroffene] jedoch Gelegenheit, dank der ihnen zur Verfügung stehenden Güter und Genußmittel, sich so viele Freunde zu erwerben, daß sie aus der Spruchkammerwäsche fast nur noch als weiße Engel hervorgehen können.«
Gemeindearchiv Hirschberg/Bergstraße

ARBEITSAUFTRÄGE

► Analysiere das Plakat unter dem Leitaspekt »Schuttträumung«. Berücksichtige dabei die damalige Aktualität dieses Themas angesichts der kriegszerstörten Städte. Vgl. dazu auch die Darstellung von Schutt auf C 2 und C 5.

► Erläutere, inwiefern der Adressat des Plakats dazu veranlasst werden sollte, die Baggerschaufel mit der KPD gleichzusetzen.

► Erkläre anhand der verwendeten Symbole die Bedeutung der drei Figuren und zeige, wie sie mit den Mitteln der Karikatur als lächerlich bzw. abstoßend dargestellt werden.

► Setze dich mit der Schuldzuweisung auseinander, die das Plakat beabsichtigt. (Die drei Figuren stehen auf einem Schuttberg!) Erläutere, was die Auftraggeber des Plakats unter »reaktionär« verstanden wissen wollten.

► Das Aufräumen des »Schutts« nicht mit der Baggerschaufel, sondern mittels des Spruchkammerverfahrens, stieß bei den vom NS-Regime verfolgten Menschen vielfach auf Kritik. Begründe diese Kritik (vgl. »Hintergrund« und Quelle).



Stadearchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 464

Hintergrund

In den drei Westzonen wurden infolge der Entnazifizierung über 2,5 Millionen Deutsche auf ihre politische Einstellung geprüft. Die Spruchkammern bewerteten 54% als Mitläufer. Bei 34,6% wurde das Verfahren eingestellt, 0,6% wurden als NS-Gegner anerkannt, 1,4% wurden als Hauptschuldige und Belastete verurteilt. Die Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus dem öffentlichen Dienst wurde unterschiedlich gehandhabt. Wegen des Bedarfs an erfahrenen Arbeitskräften konnten nicht wenige NSDAP-Mitglieder ihre beruflichen

Karriere weiterführen. Auch zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur konnten trotz zweifelhafter Vergangenheit ihre Karriere nach 1945 fortführen.

Quelle

Der Bürgermeister der Gemeinde Leutershausen a. d. Bergstraße, selbst als aktiver Katholik durch das NS-Regime verfolgt, drohte im März 1947 seine Mitwirkung am Entnazifizierungsverfahren einzustellen:

»Ich habe meine Aufgabe so aufgefaßt, daß die Spruchkammer wissen

C 5 »Heimkehrer, gibt es hier noch eine Hoffnung?« (1946)



Stadtdarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 463

Wahlplakat der KPD zur Landtagswahl in Württemberg-Baden am 24. November 1946

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs befanden sich über 11 Millionen deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft, davon 7,7 Millionen in den Lagern der Westmächte. 3,3 Millionen waren in der Sowjetunion interniert. Im Lauf des Jahres 1945 wurden die ersten Kriegsgefangenen freigelassen. So wie andere Parteien wandte sich auch die KPD an die sogenannten Heimkehrer (vgl. auch Plakat C 7).

Hinweis

Das in der Quelle erwähnte Heimkehrergesetz wurde am 19. Juni 1950 erlassen. Es regelte Hilfsmaßnahmen wie die Rückführung der Heimkehrer in das Arbeitsleben. Allerdings ging es den Heimkehrerverbänden nicht weit genug. In einer Resolution forderten sie weitere Vergünstigungen wie z. B. die Bereitstellung von Wohnraum und eine nach Dauer der Gefangenschaft gestaffelte Steuerbegünstigung.

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe Aufbau und Gestaltungselemente des Plakats. Beziehe den Textteil in deine Analyse mit ein.
- ▶ Ergänze die Aussagen, die das Plakat zur Situation der Heimkehrer macht, durch die Darstellung im Kommentar des »Mannheimer Morgen« (Quelle).
- ▶ Verfasse, ausgehend von diesen Informationen, eine Tagebuchseite, wie sie der im Plakat abgebildete Heimkehrer hätte niederschreiben können.
- ▶ Nimm Stellung zu dem Anspruch, den die KPD, auch gegenüber den Heimkehrern, für sich erhebt. Ziehe dazu vergleichend auch die Plakate C 1 und C 4 heran.
- ▶ Arbeite Übereinstimmungen in Gestaltung und Aussage mit Plakat C 2 heraus.

Quelle

Die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Heimkehrer zählte zu den drängenden Aufgaben der Nachkriegszeit. Im November 1949 berichtete der Mannheimer Morgen:

»Die Erwartung der ehemaligen Kriegsgefangenen auf das Heimkehrergesetz wird im wesentlichen bestimmt durch den Wunsch, sich in das normale Arbeitsleben einzugliedern und eine Entschädigung für den Verzicht und den Verlust in der seit Kriegsende vergangenen Zeit zu erhalten. Gegenwärtig warten in der Bundesrepublik rund 30.000 heimge-

kehrte Kriegsgefangene auf ihre erste Vermittlung in eine Arbeitsstelle. Es wäre sinnlos zu verschweigen, dass der Heimkehrer den Wettbewerb auf dem freien Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres aushalten kann. Viele haben ihre fachliche Ausbildung während des Krieges unterbrechen müssen, viele sind ihrem Beruf weitgehend entfremdet und viele sind gesundheitlich so geschädigt, daß sie schon allein deswegen im Nachteil sind. Diesen Nachteil kann nur der Staat ausgleichen (...).«
Mannheimer Morgen vom 12./13. November 1949

C 6

»Die alte Heimat verloren – eine neue gewonnen!« (1951)

Plakat der Arbeitsgemeinschaft der Badener zum Volksentscheid über den Südweststaat vom 9. Dezember 1951

Das Plakat wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Badener veröffentlicht. Diese sprach sich gegen die Fusion der Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern zum Südweststaat Baden-Württemberg aus (vgl. C 13 und C 14). Vor dem Volksentscheid zur Länderneugliederung forderte der Verein die Wiederherstellung des alten Landes Baden. Mit diesem Anliegen wandte er sich nicht nur an die alteingesessene badische Bevölkerung, sondern auch an die Neubürger, unter denen sich als Folge des Zweiten Weltkriegs viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene befanden.

- ▶ Die Heimatvertriebenen begegneten in der »neuen Heimat« zahlreichen Widrigkeiten. Informiere dich über die Hindernisse, die einer schnellen Verwurzelung in die neue Umgebung im Wege standen, sowie über den Beitrag, den die Heimatvertriebenen allen Schwierigkeiten zum Trotz für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik leisteten.
- ▶ Erkunde, wie viele Heimatvertriebene dein Wohn- oder Schulort aufgenommen hat, wie sie zunächst untergebracht waren und ob es Siedlungsgebiete gibt, in denen bevorzugt Heimatvertriebene ansässig wurden.
- ▶ Führe eine Zeitzeugenbefragung mit noch lebenden Betroffenen von Flucht und Vertreibung durch.



Stadarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 560

Hintergrund

Bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es mit dem Vorrücken der Roten Armee zu großen Flüchtlingsströmen aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs (Ostpommern, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg) und dem annektierten Sudetenland. Nach 1945 folgte die systematische Vertreibung von deutschen Staats- und Volksangehörigen aus den Ländern östlich der Oder-Neiße-Linie. 1950 ermittelte das Statistische Bundesamt eine Gesamtzahl von etwa zwölf Millionen Vertriebenen in den beiden deutschen Staaten, davon acht Mil-

lionen in der Bundesrepublik und vier Millionen in der DDR. Im heutigen Land Baden-Württemberg waren rund 860.000 Vertriebene aufgenommen worden.

ARBEITSAUFTRÄGE

▶ Beschreibe das Plakat und arbeite die Botschaft heraus, die es in Bild und Text vermitteln will. Berücksichtige dabei auch die Verwendung der badischen Farben Gelb-Rot-Gelb und die Darstellung des kleinen Ortes in der typischen Vorgebirgs- und Rebzone am westlichen Rande des Schwarzwaldes.

C 7 »Wann kommen sie wieder?« (1950)



Stadtsarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 415

Hintergrund

Die Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen beschäftigte die deutsche Öffentlichkeit noch bis Mitte der fünfziger Jahre. Als 1950 die russische Nachrichtenagentur TASS meldete, alle Gefangenen aus Russland seien entlassen worden, ließen jedoch statistische Unterlagen und Berichte von Heimkehrern keinen Zweifel daran, dass die Meldung nicht der Wahrheit entsprach. Dies löste in der Bundesrepublik einen Proteststurm aus.

Der Bundestagsabgeordnete Carlo Schmid (SPD) forderte auf einer Pro-

testkundgebung in Mannheim: »Täglich muß es gellen: Gebt unsere Kriegsgefangenen frei!« Die Jugendverbände der Stadt erließen eine Resolution: »Wir fordern alle, die für Freiheit und Menschenrechte eintreten, auf, mit allen Mitteln die Freilassung aller Kriegsgefangenen zu erwirken.« Doch erst ein Besuch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer im September 1955 in Moskau führte zum Einlenken der Sowjetunion, die in den folgenden Monaten die letzten 10.000 Gefangenen freigab.

Plakat des Verbands der Heimkehrer aus dem Jahr 1950

Der Verband der Heimkehrer mahnte mit diesem Plakat die Rückkehr der im Zweiten Weltkrieg in Gefangenschaft genommenen deutschen Soldaten an. Die USA, Großbritannien und Frankreich hatten ihre Kriegsgefangenen bis Ende 1948 freigelassen, während in den Lagern der Sowjetunion noch Hunderttausende deutsche Soldaten interniert waren.

ARBEITSAUFTRÄGE

► Das Plakat gilt als herausragendes Beispiel für die Plakatkunst der Nachkriegszeit. Diskutiere anhand einer Analyse der Gestaltungsmerkmale dieses Urteil. Zeige, wie bildliche Darstellung und der kurze Text aufeinander bezogen sind.

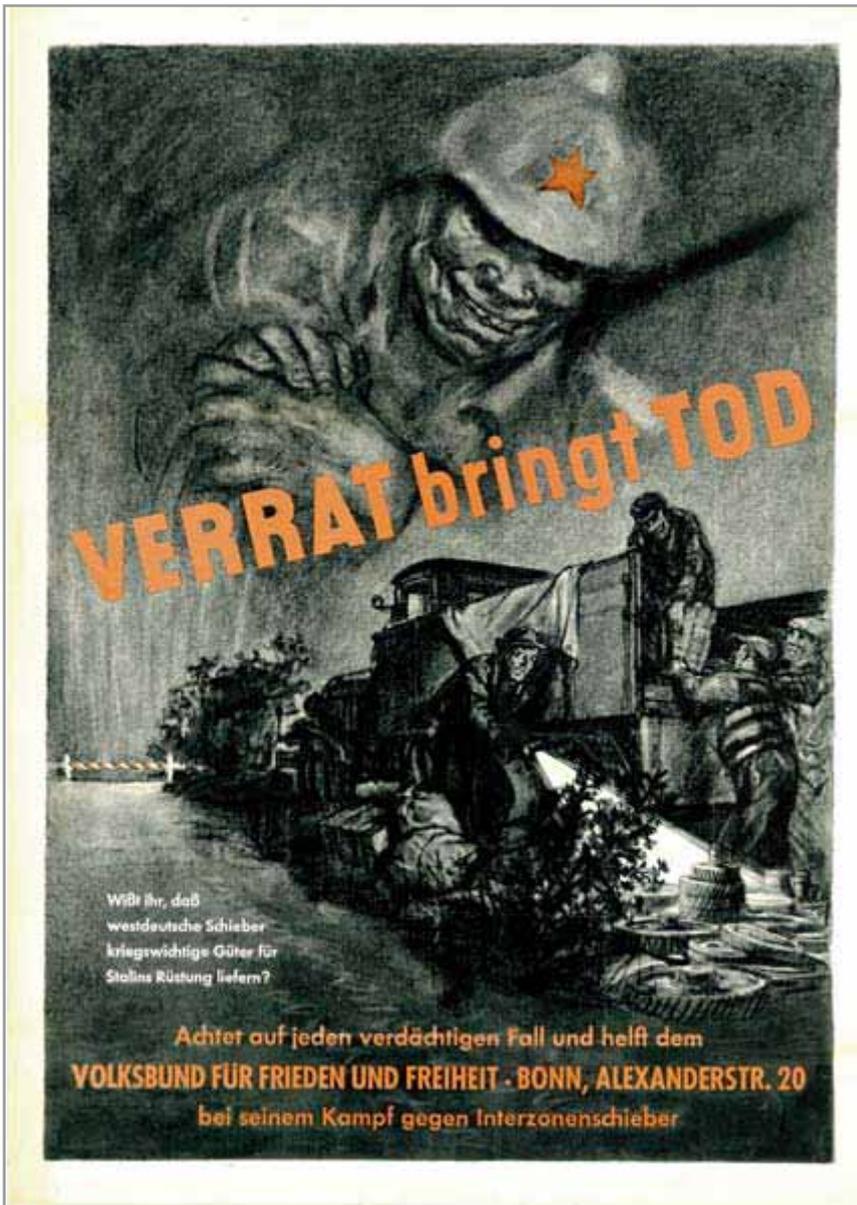
► Der Grafiker des Plakats, Anton Stanowski, war selbst erst 1948 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Erörtere, inwiefern seine persönlichen Erfahrungen in die Gestaltung Eingang gefunden haben könnten.

► 1947 veröffentlichte Wolfgang Borchert sein Drama »Draußen vor der Tür«. Lies die Vorrede zu dem Drama. Nimm Stellung zu der Vermutung, dass die hier beschriebene Situation in besonderem Maße auf die sogenannten Spätheimkehrer des Jahres 1955 zutrifft. Berücksichtige dabei die Tatsache, dass diese Menschen vielfach jahrelang ihren Angehörigen kein Lebenszeichen hatten geben können und auch selbst ohne jede Nachricht von ihrer Familie geblieben waren. Vgl. dazu auch Plakat C 5.

► Die DDR verbot den Russlandheimkehrern, über ihre Gefangenschaft zu reden. Erläutere die Hintergründe für das Verbot und überlege, welche Folgen es für die Betroffenen hatte.

► Stelle aus den Texten zum Plakat Informationen darüber zusammen, wer mit welchen Mitteln an das Schicksal der Kriegsgefangenen erinnerte und welche Rolle die Kriegsgefangenen in der Politik spielten.

C 8 »Verrat bringt Tod« (1950/51)



Stadttarchiv Mannheim - Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 1498

Hintergrund

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der Gütertausch zwischen den Besatzungszonen der Westmächte und der sowjetischen Besatzungszone durch eine Reihe von Abkommen geregelt worden. Auch nach der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten wurde der sogenannte Interzonenverkehr weitergeführt. Neben dem legalen Handel blühte aber auch der Schwarzmarkt. Schätzungen gingen damals von illegalen Umsätzen in Höhe von 200 Millionen DM jährlich aus – weit mehr, als auf legalen Weg umgesetzt wurde. Der Warenfluss fand in beide

Richtungen statt. Auf dem Schwarzmarkt im Westen wurden Lebensmittel und Industriegüter aus dem Ostblock gehandelt. Zugleich gelangten Waren auf illegalem Weg in den Osten. Die Staatsbehörden sagten dem Schlepperwesen den Kampf an. Razzien und Grenzkontrollen wurden durchgeführt, Schieber mussten mit hohen Strafen rechnen.

ARBEITSAUFTRÄGE

▶ Arbeite die gestalterischen Mittel heraus, mit denen das Plakat die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich ziehen sollte. Setze dich mit der Dar-

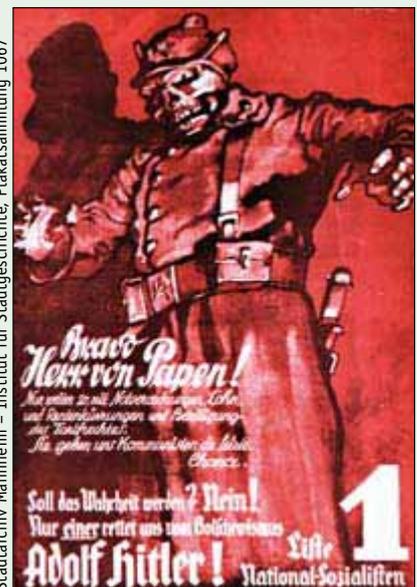
Plakat des Volksbunds für Frieden und Freiheit aus dem Jahr 1950/51

Der Volksbund für Frieden und Freiheit war eine antikommunistische Propagandaorganisation, die 1950 in Hamburg gegründet worden war. In Wort und Bild warnt sie hier vor den Auswirkungen des Schwarzhandels über die bundesdeutsche Grenze in den Osten.

stellung des russischen Soldaten auseinander. Beachte insbesondere seine Gestik und Mimik. Überlege, weshalb ihn der Plakatgestalter mit mongolisch-asiatisch anmutenden Gesichtszügen ausgestattet hat (vgl. dazu C 10).

▶ Benenne die Botschaft, die das Plakat in Bild und Text verkündet. Wozu ruft es die Bürger auf?

▶ Eines der Gründungsmitglieder des Volksbundes für Frieden und Freiheit war in den 1930er Jahren Mitarbeiter von Joseph Goebbels im Propagandaministerium. Erörtere, inwiefern zwischen dieser Feststellung und der Botschaft des Plakats sowie der Art der Darstellung ein Zusammenhang begründet werden kann. Ziehe dazu auch das vor dem Bolschewismus warnende Plakat der NSDAP aus dem Jahr 1932 heran (siehe unten).



Stadttarchiv Mannheim - Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 1067

C 9 »Stalin sucht Soldaten, Agenten und Saboteure!« (1951)



Stadttarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 1497

Plakat des Bundes Deutscher Jugend aus dem Jahr 1951 gegen die Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin

Initiator des politisch motivierten Festivals der Weltjugendfestspiele war der 1945 gegründete Weltbund der Demokratischen Jugend, eine sozialistisch ausgerichtete Organisation, die Jugendliche aller Länder eingeladen hatte, an Sportveranstaltungen, Festivals, Diskussionsrunden und Demonstrationen teilzunehmen. In der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen westlichen Staaten stießen die Weltjugendfestspiele auf scharfen Widerstand. Antikommunistische Organisationen wie der Bund Deutscher Jugend versuchten, die Jugend von der Teilnahme an der Veranstaltung abzuhalten.

nicht die Diktatur des Kreml, nicht Klassenhaß, sondern Völkerverständigung, wir wollen eine freie Jugend, in einem freien Deutschland!«
Stadtarchiv Mannheim, Plakatsammlung 524

ARBEITSAUFRÄGE

- In welcher Form (Farbgebung!) kommt hier das geteilte Deutschland zur Darstellung und welches Symbol der deutschen Einheit findet Verwendung? Vergleiche dazu **C 15**.
- Analysiere die Rolle, die dem sowjetischen Diktator Josef Stalin zugewiesen wird. Erläutere die Absicht, die hinter der Darstellung Stalins als Spinne zu erkennen ist.
- Belege, inwiefern der Text des Flugblattes (Quelle) mit der Aussage des Plakates übereinstimmt.
- Ordne Flugblatt und Plakat in den Zusammenhang des Kalten Krieges ein. Stelle das hierbei gezeichnete Feindbild dar, wie es auch aus **C 8**, **C 10** und **C 12** hervorgeht (vgl. www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilte-Deutschland/index.html).

Quelle

Im Mai 1951 wandte sich der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit:

»Deutsche Jugend! Deutsche Sportler! Der Rat des kommunistischen Weltjugendbundes bereitet auf Anordnung des Kreml Weltjugendfestspiele in Ost-Berlin vor. Unter dem Vorwand, dem Frieden und der Völkerverständigung zu dienen, hat er die Jugend der Welt und ganz besonders die deutsche Jugend zur Teilnahme aufgerufen. (...) Ihr sollt eingespannt werden in seine imperialistischen, aggressiven

Welteroberungspläne. Ihr sollt unter dem Vorwand, eine neue Zukunft heraufzuführen, in Wahrheit den Weltkommunismus über die ganze Erde tragen helfen. Ihr sollt dazu beitragen, Unruhe in Deutschland zu stiften und die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu verhindern. So soll Euer Idealismus, Eure Friedensliebe mißbraucht werden. (...) Kein verantwortungsbewußter deutscher Junge, kein deutsches Mädel, kein deutscher Sportler wird sich zum Handlanger der Sowjets machen! (...) Keiner zu diesen Spielen im August nach Ost-Berlin reisen. (...) Wir wollen die Einheit, wir wollen den Frieden. Aber wir wollen

C 10 »Wehrlos! Darum Deutschlandvertrag« (1952)

Plakat zur Debatte um den Deutschlandvertrag

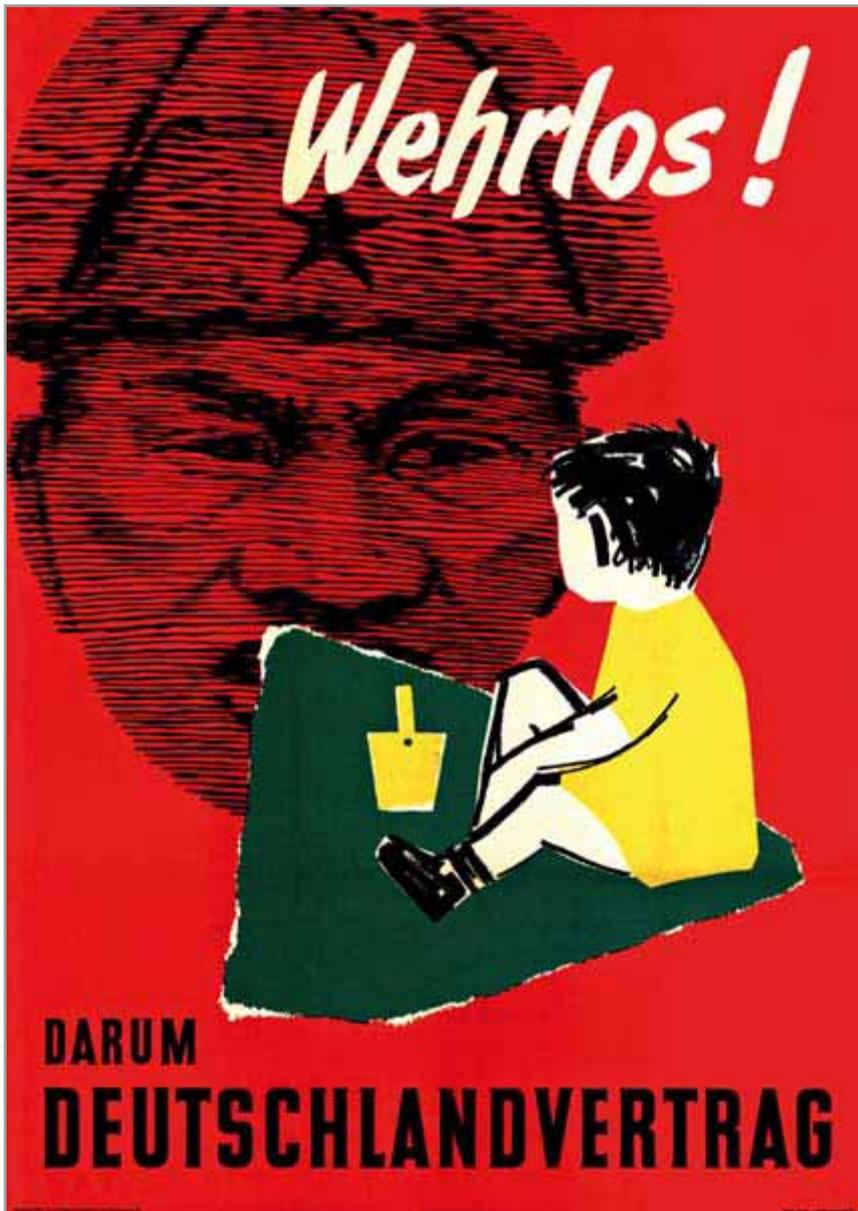
Das Plakat wirbt für das Vertragswerk zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Siegermächten, das der Bundesrepublik die Rechte eines souveränen Staates verleihen und den Eintritt in die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ermöglichen sollte. Somit bereite der Deutschlandvertrag auch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands vor. Welche politische Vereinigung hinter dem Plakat steht, ist nicht bekannt. Der Inhalt lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass es sich um eine konservative Vereinigung handelte.

Hintergrund

Der Deutschlandvertrag wurde am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnet, musste aber von den Parlamenten der Vertragspartner genehmigt werden, um Gültigkeit zu erlangen. Die französische Nationalversammlung versagte zunächst die Zustimmung, sodass das Vertragswerk neu verhandelt werden musste. In einer überarbeiteten Version trat es 1955 in Kraft.

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Analysiere die gestalterischen Mittel, mit denen die Aufmerksamkeit der Adressaten geweckt werden sollten.
- ▶ Arbeite heraus, wie die bildliche Darstellung die Aussage der Textzeilen unterstreicht.
- ▶ Stelle die Botschaft des Plakats den Ausführungen Adenauers in seiner Regierungsklärung (Quelle) gegenüber.
- ▶ Vergleiche das hier gezeichnete Bild des sowjetischen Soldaten mit den entsprechenden Darstellungen bei C 8.
- ▶ Untersuche, inwiefern das Erleben von Krieg und Gefangenschaft, Vertreibung und Besetzung durch die Rote Armee und die Außen- und Deutschlandpolitik Stalins seit 1945 dazu beitragen, das schon zuvor geschürte Feindbild zu bestärken. Vgl. dazu auch C 6, C 7 und C 15.



Stadtarchiv Karlsruhe 8/PBS X 1861

Quelle

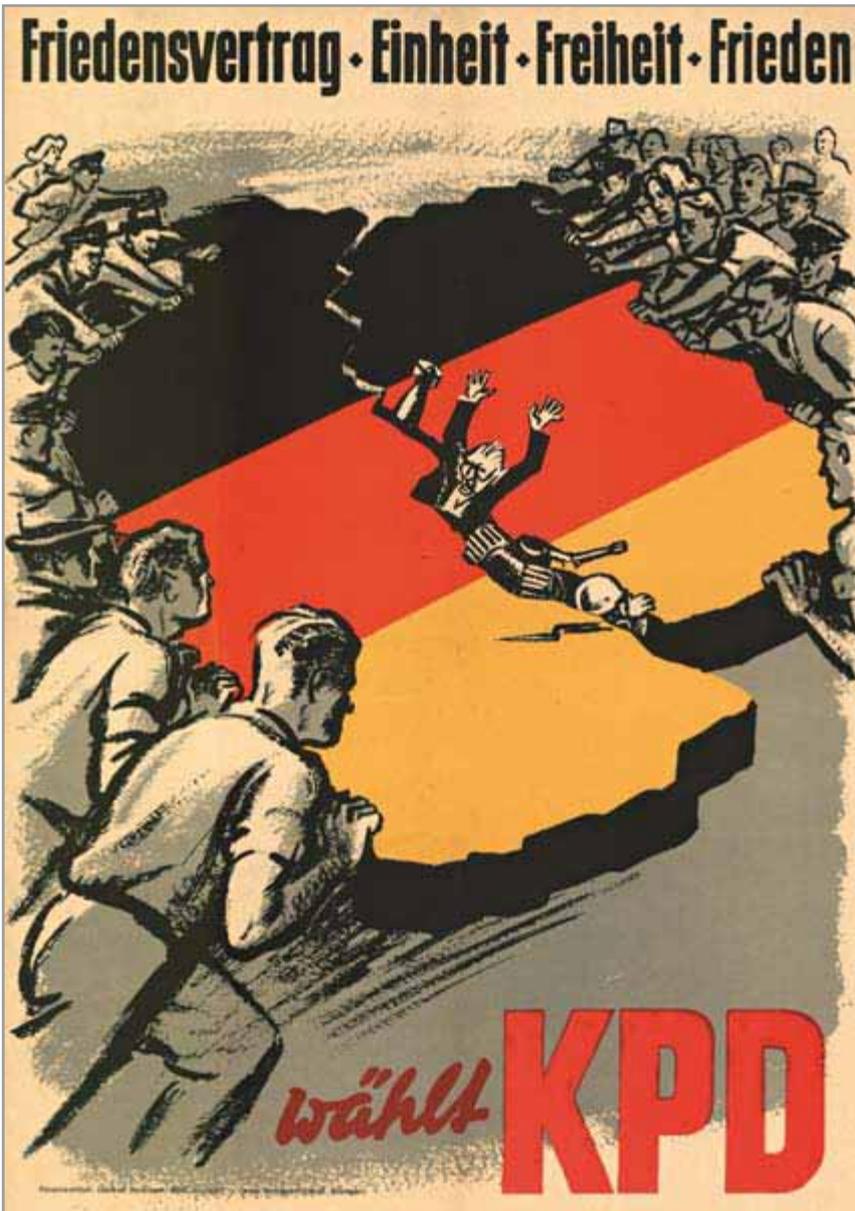
Der Deutschlandvertrag wurde kontrovers diskutiert. Gegner sahen das Ziel der raschen Wiedervereinigung Deutschlands gefährdet und warnten vor der Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Gleichwohl forcierte Bundeskanzler Konrad Adenauer den Abschluss des Vertrags:

»Wir alle erstreben die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Wir wissen, daß wir allein auf uns gestellt dieses Ziel gegen den Willen Sowjetrußlands nicht erreichen können. Im Deutschlandvertrag aber übernehmen die drei Westmächte ver-

traglich die Verpflichtung, mit der Bundesrepublik zusammen die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege unter einer demokratischen Verfassung herbeizuführen. Schon das allein verpflichtet uns gegenüber den Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, den Verträgen mit dem Westen zuzustimmen. Nach dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden dieser auch deutsche Truppen angehören. (...) Wir stehen vor der Wahl zwischen Sklaverei und Freiheit! Wir wählen die Freiheit!«

Auszug aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 3. Dezember 1952

C 11 »Friedensvertrag + Einheit + Freiheit + Frieden« (1952)



Stadtlarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 4895

Plakat der KPD zu den Stalin-Noten von 1952

Auf dem 1952 veröffentlichten Plakat der KPD ist Bundeskanzler Konrad Adenauer als Gegner der Wiedervereinigung abgebildet.

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Beschreibe das Plakat und ermittle seinen Auftraggeber.
- ▶ Arbeite die Botschaft heraus, die das Plakat vermitteln will. Berücksichtige dabei zunächst die Darstellung und Charakterisierung Konrad Adenauers und seiner Politik. (Beachte die ihm beigegebenen kriegerischen Attribute.) Erläutere darüber hinaus die Darstellung der handelnden Personen. Versuche festzustellen, welche Bevölkerungsgruppen sie repräsentieren sollen.
- ▶ Stelle die von den Westmächten (vgl. Hintergrund) geäußerten Bedenken den Versprechungen des Plakats gegenüber. Ziehe dazu auch die auf der ersten empfohlenen Internetseite zugänglichen Materialien hinzu, insbesondere die zweite Note der Westalliierten an die Sowjetunion.
- ▶ Die Diskussion um die Stalin-Noten von 1952 wollte nie verstummen. Erkunde, welche Argumente noch jahrzehntelang für bzw. gegen die Annahme der Noten vorgebracht wurden.

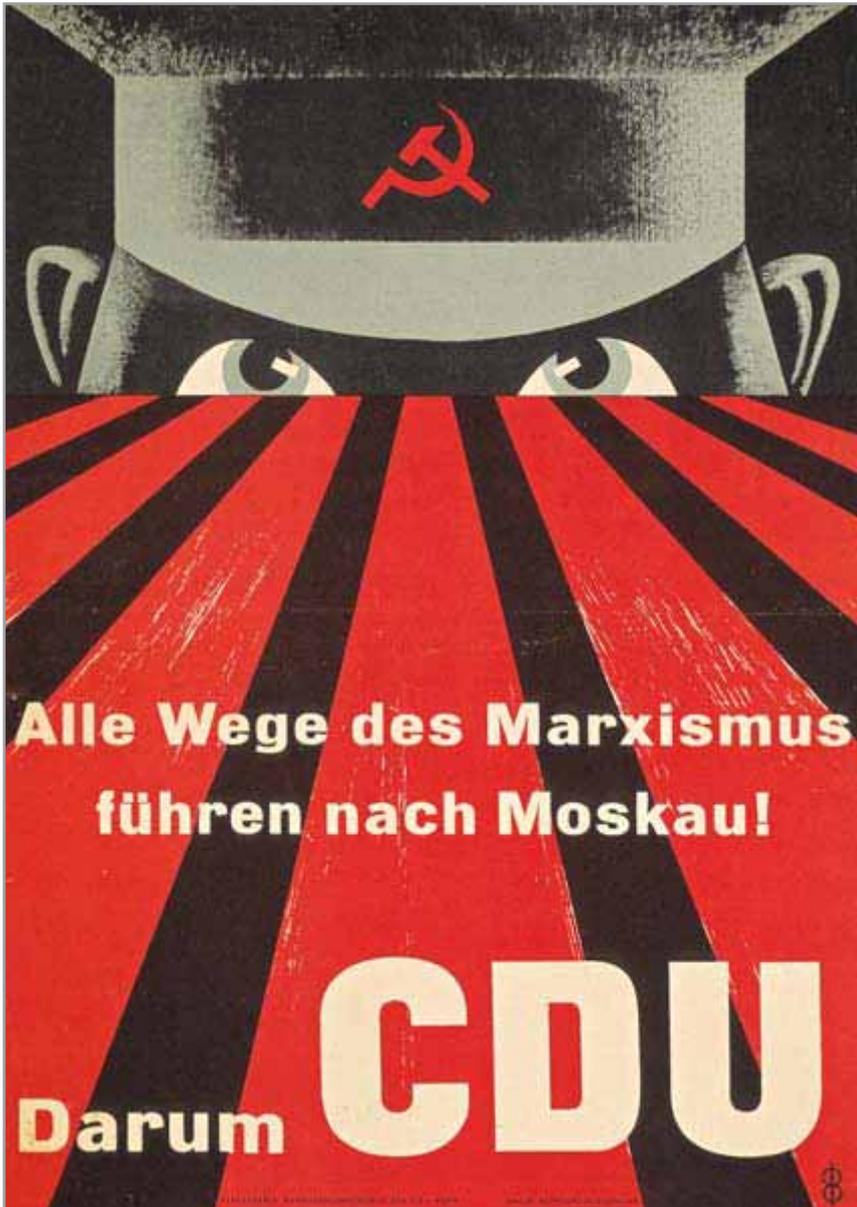
Empfohlene Internetseiten:

- www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/ZweiStaatenZweiWege/stalinnoten.html
- www.digam.net/expo/stalin-note1952/einf.html
- www.zeit.de/1990/27/Die-alten-Gebetsmuehlen

Hintergrund

Am 10. März 1952, während der Verhandlungen über den Deutschland und den EVG-Vertrag, bot Stalin in einer Note an die Westmächte Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands, den Abschluss eines Friedensvertrages und die Aufstellung nationaler Streitkräfte an. Im Gegenzug forderte er den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und die Neutralität des vereinten Deutschlands. Die Westmächte hielten die Vorschläge für ein taktisches Manöver, um die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Sie setzten die Vertragsverhandlungen

mit der Bundesrepublik fort. Auf die sowjetischen Vorschläge antworteten sie mit der Forderung nach freien Wahlen, aus denen eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen sollte. Sie lehnten eine Neutralisierung Deutschlands ab. Die UdSSR stimmte zwar der Forderung nach freien Wahlen zu, wollte aber zuvor eine gesamtdeutsche Regierung einsetzen. Außerdem bestand sie auf der Neutralität eines vereinigten Deutschlands. Der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten wurde schließlich im September 1952 ergebnislos abgebrochen.

C 12 »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!« (1953)


Haus der Geschichte, Bonn

Hintergrund

Schon zur ersten Bundestagswahl 1949 veröffentlichte die CDU ein Plakat, in dem sie die Kampagne gegen die Sowjetunion mit Vorwürfen gegen die SPD verknüpfte. Den Sozialdemokraten wurde unterstellt, gegenüber der Sowjetunion Schwäche zu zeigen. Auch ein FDP-Plakat von 1953 zielte in diese Richtung mit dem Slogan gegen den damaligen Kanzlerkandidaten der SPD: »Wo Ollenhauer pflügt, sät Moskau!«. Die Gegner der SPD machten sich den Umstand zu Nutze, dass die Partei damals eine sozialistische Wirtschaftspolitik vertrat. Wegen der Mängel­lage nach dem

Krieg sprach sie sich für eine öffentliche Lenkung und Planung der Wirtschaft aus. Dazu kam die Ablehnung der Pläne Konrad Adenauers, die Bundesrepublik im Rahmen des Westbündnisses zu bewaffnen. Die SPD reagierte auf die Angriffe der Regierungsparteien mit Empörung. Auch viele Jahre später, im Bundestagswahlkampf von 1980, stieß der Wahlslogan der CDU »Freiheit oder Sozialismus« auf scharfe Kritik. In der öffentlichen Auseinandersetzung über diesen Spruch wurden Parallelen mit dem Plakat von 1953 und der Art der politischen Auseinandersetzung in der Nachkriegszeit gezogen.

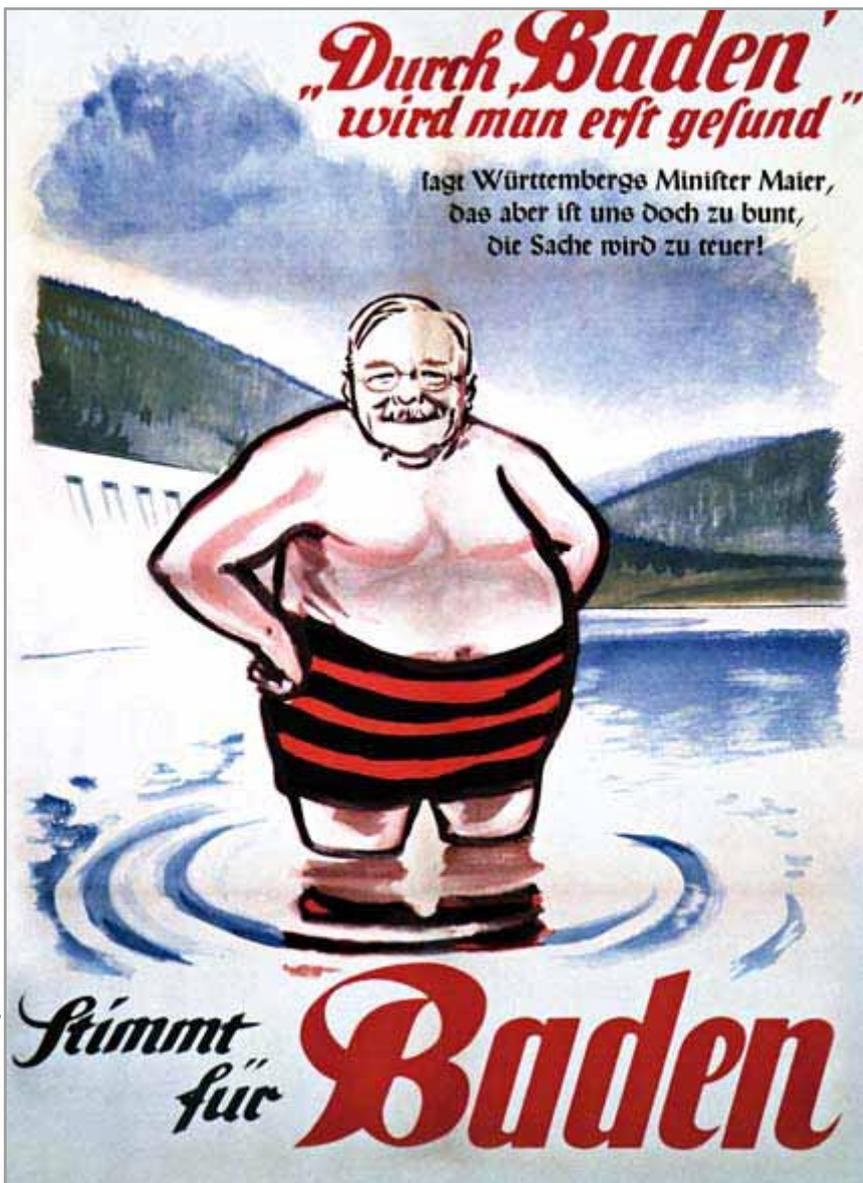
Plakat der CDU zur Bundestagswahl am 16. September 1953

Das CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1953 wendet sich gegen die Ideologie des Marxismus und deren Anhänger. Es ist Teil der antisowjetischen Propaganda in den Jahren des Kalten Kriegs. Zugleich zielt es auf die innenpolitischen Gegner der Regierungspartei. Ohne die SPD wörtlich zu nennen, ist die Aussage gegen die Sozialdemokraten mit ihrer marxistischen Tradition gerichtet, die sich offiziell erst im Godesberger Programm von 1959 von der marxistischen Weltanschauung distanzieren sollten. Auch die CSU setzte das Bildmotiv und die Aussage »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!« im Wahlkampf ein.

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe den Aufbau des Plakats und benenne die von ihm ausgehende Botschaft.
- ▶ Arbeite die Mittel heraus, auf denen die suggestive Wirkung des Plakats beruht. Beachte hierbei den Kopf mit der Uniformmütze und die strahlenförmig auf ihn zulaufenden Wege.
- ▶ Erläutere, wofür der Begriff »Moskau« steht.
- ▶ Untersuche, auch im Vergleich mit den Plakaten **C 8**, **C 9** und **C 10**, mit welchen Ängsten der Menschen das Plakat spielt.
- ▶ Beurteile, in welcher Hinsicht das Plakat dazu dienen sollte, den von der Regierung Adenauer eingeschlagenen Weg in der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik zu verteidigen.
- ▶ Erörtere, inwiefern sich das Plakat auch gegen die SPD richtete, ohne sie namentlich zu nennen. Informiere dich dazu auch über die Zusammensetzung des Ersten Deutschen Bundestages (1949–1953) und der Bundesregierung unter Konrad Adenauer.

C 13 »Durch ›Baden‹ wird man erst gesund« (1951)



Plakat zur Volksabstimmung über den Südweststaat (ab 1952 Baden-Württemberg) am 9. Dezember 1951

gehört zum Schluchseewerk, einem der Glanzstücke der damals in Baden, anders als in Württemberg, vom Staat betriebenen Elektrizitätsversorgung. Erläutere, welche Bedeutung dieser Tatsache für die Aussage des Plakats zukommt.

► 1919 veröffentlichte die »Berliner Illustrierte Zeitung« ein Foto, das den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) und den Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) in Badehose zeigte. Das Foto wurde von der Rechten in einer Hetzkampagne gegen Ebert verwendet. Der Autor des Plakats zur Volksabstimmung von 1951 ließ sich vermutlich von diesem Foto inspirieren. Nimm vor diesem Hintergrund Stellung dazu, dass das Plakat zu einem Skandal führte und z. B. in Mannheim nicht gezeigt werden durfte. Der Mannheimer Oberbürgermeister Hermann Heimerich erklärte, das Plakat erinnere ihn an Methoden, die in den Weimarer Jahren gegen Friedrich Ebert angewandt worden seien. Beziehe in deine Überlegungen den Art. 5 des Grundgesetzes mit ein.

Hintergrund

Nachdem die alliierten Besatzungsmächte Südwestdeutschland im Sommer 1945 in die Länder Württemberg-Baden (US-amerikanische Zone), Württemberg-Hohenzollern und Baden (französische Zone) aufgeteilt hatten, stand seit 1948 die Zusammenlegung zum Südweststaat (Baden-Württemberg) zur Diskussion. Die Entscheidung sollte in einer Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 fallen. Im Vorfeld des Plebiszits kam es zum heftigen Schlagabtausch zwischen Gegnern und Befürwortern der Länderneugliederung. Die Arbeitsgemeinschaft der Badener trat mit mehreren Plakaten an die Öffentlichkeit, in der

sie gegen die Idee des Südweststaats und deren Befürworter polemisierte.

ARBEITSAUFTRÄGE

- Beschreibe das Plakat und berücksichtige dabei insbesondere den verwendeten Wortwitz.
- Erkläre die Absicht, mit der Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden, im Plakat als »Württembergs Minister« bezeichnet wird.
- Erkunde, weshalb Reinhold Maier bevorzugt als Ziel der Angriffe der Arbeitsgemeinschaft der Badener herhalten musste.
- Der Stausee, in dem Reinhold Maier steht, ist der Schluchsee. Die von 1929 bis 1932 errichtete Talsperre



ullstein bild

C 14 »Vereinigtes Europa? Der erste Schritt – Südweststaat« (1951)

Plakat zur Volksabstimmung über den Südweststaat (ab 1952 Baden-Württemberg) am 9. Dezember 1951

Die Befürworter eines Zusammenschlusses der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer argumentierten neben wirtschaftlichen Aspekten vor allem auch mit der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, mit der sich die Kleinstaaterei im Südwesten nicht vereinbaren lasse.

ARBEITSAUFTRÄGE

► Analysiere das Plakat. Berücksichtige dabei insbesondere den Akteur und die Bedeutung der von links unten nach rechts oben ansteigenden Diagonale.

► Beschreibe die Botschaft, die das Plakat vermitteln will. (Zur Erläuterung: Die Fahne mit dem grünen »E« auf weißem Grund diente seit 1949 als Wahrzeichen der europäischen Bewegung. Der in der Mitte zertretene Grenzbalken trägt links die badischen Farben Gelb-Rot-Gelb und rechts das württembergische Schwarz-Rot.)

► Stelle fest, in welchen europäischen Organisationen bzw. Institutionen die junge Bundesrepublik 1951 bereits als Mitglied vertreten war.

► Informiere dich über den Ausgang der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951. Nutze dazu die angegebene Internetseite, auf der die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg ausführlich dargestellt ist: www.lpb-bw.de/publikationen/politischelandeskunde/99/suedweststaat.htm

► Erkunde das Abstimmungsergebnis der beiden Volksabstimmungen von 1951 und 1970 für deinen Schul- oder Wohnort.

► Vergleiche die Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und stelle fest, welcher dieser Artikel die verfassungsrechtliche Grundlage für die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg abgab.



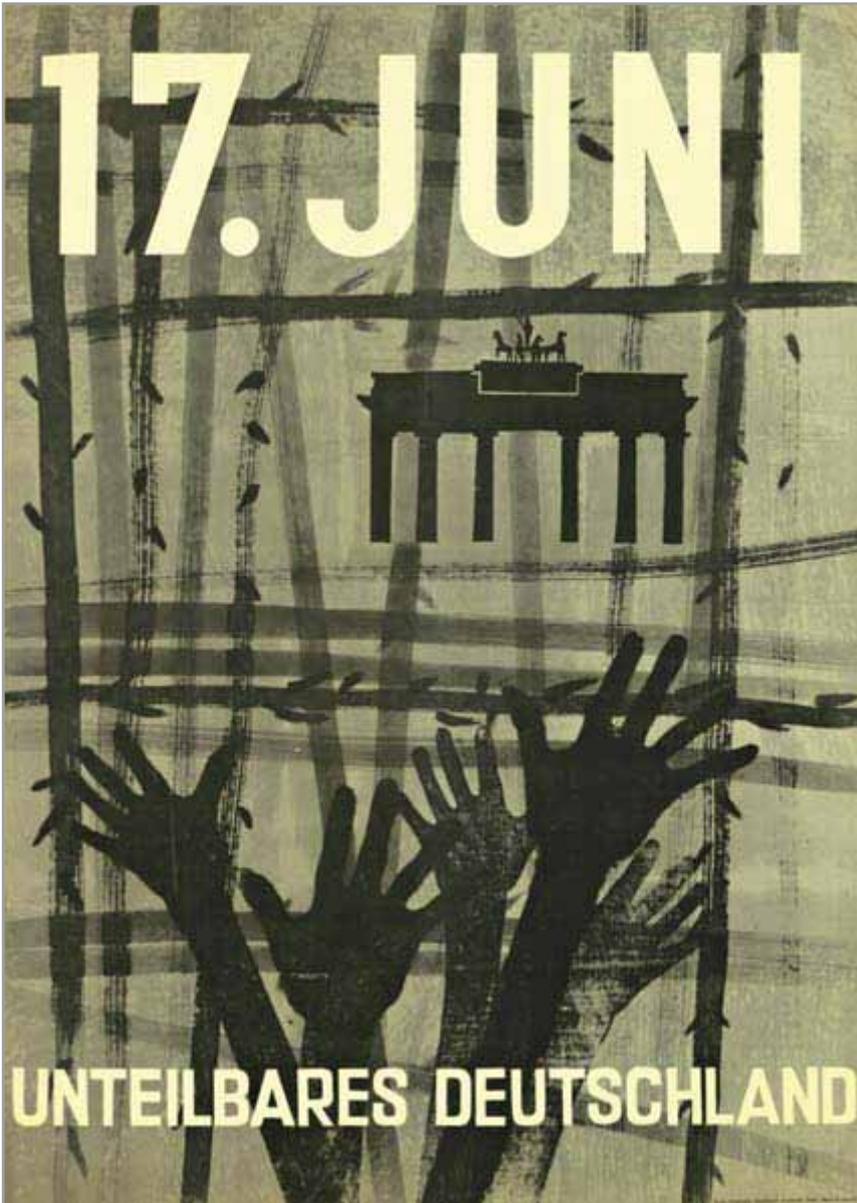
LMZ Baden-Württemberg

Hintergrund

Nachdem die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland und der Zweite Weltkrieg den Kontinent gespalten hatten, strebten die Regierungen Europas ein Bündnis der Länder zur Sicherung der Demokratie und des Friedens an. Maßgeblich unterstützt wurden sie dabei vom »American Committee for a United Europe«. Bereits 1946 sprach sich der britische Oppositionsführer Winston Churchill für eine Art »Vereinigte Staaten von Europa« aus. Mit dem Ziel der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt wurde der

Europarat am 5. Mai 1949 durch zehn europäische Staaten gegründet (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden). Die Bundesrepublik trat dem Bündnis 1951 bei. Damit besaß die Idee des Vereinigten Europa im Jahr der Volksabstimmung über den Südweststaat hohe Aktualität. Befürworter des Südweststaats sprachen sich gegen die historisch überkommene Kleinstaaterei aus.

C 15 »17. Juni« (um 1955)



Stadtsarchiv Mannheim, Plakatsammlung 1143

Quelle

Der Regierende Bürgermeister Berlins, Ernst Reuter, am 23. Juni 1953:

»(...) Wir gehören als freies, stolzes Volk zur freien Welt, wir bekennen uns zu freien Welt und werden nicht ruhen und nicht rasten, bis wir unser Ziel erreicht haben, zu dieser freien Welt aus eigenem Entschluß, aus eigener Kraft, aus eigenem Willen zu gehören. Der 17. Juni 1953 ist (...) das größte Ereignis der Geschichte, das wir seit langem erlebt haben. Niemand kann sagen, ob es uns heute oder morgen oder übermorgen zum Ziele führen wird, aber das wissen wir: Dieser

elementar-wichtige Aufstand unseres Volkes, dieser Marsch der deutschen Arbeiter, diese revolutionierende, entflammende Wirkung der deutschen Jugend unter dem totalitären System, dies alles hat die Welt aufgerüttelt, und die Bahn ist frei gemacht für eine bessere Zukunft. Keine Macht der Welt, niemand wird auf Dauer uns Deutsche voneinander trennen können, wir werden zusammenkommen, wir werden zusammenwachsen, wie wir seit langem in dieser Not innerlich zusammengewachsen sind. Unsere Stadt wird wieder eine Einheit werden, äußerlich wie sie es innerlich immer gewesen ist, und unser Land wird wieder eine Einheit

Plakat zur Erinnerung an die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953

Das Plakat dient der mahnenden Erinnerung an den 17. Juni 1953, als sowjetische Truppen in der DDR mit Waffengewalt gegen Demonstranten vorgegangen waren. In der Bundesrepublik lösten die Ereignisse Empörung aus. Als Zeichen der Solidarität mit den Opfern des Aufstands erklärte der Bundestag den 17. Juni mit Gesetz vom 4. August 1953 zum Tag der deutschen Einheit und zum gesetzlichen Feiertag (bis 1990). Am ersten Jahrestag des Volksaufstands gründeten Vertreter aus Politik, Kultur und Wirtschaft in Westberlin das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das fortan mit politischen Aktionen und symbolischen Veranstaltungen an den 17. Juni erinnerte und die Wiedervereinigung einforderte.

werden in Freiheit, wie es nach unserem besten Wissen und Gewissen immer gewesen ist und immer hat sein sollen. (...)«

Aus: 17. Juni – Reden zum Tag der deutschen Einheit, Bonn 1964

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Beschreibe das Plakat und beachte dabei insbesondere die Perspektive, in die der Betrachter des Plakats hineinversetzt wird.
- ▶ Erkläre den Symbolgehalt des abgebildeten Brandenburger Tors. Beziehe dabei die Rede von Ernst Reuter (Quelle) mit ein (vgl. Plakat C 9).
- ▶ Erstelle eine Mindmap zum Thema »17. Juni« unter den Aspekten »Ursachen, Verlauf, Folgen« (vgl. www.17juni53.de/home/index.html).
- ▶ Liste Stichworte als Grundlage für eine Diskussion auf, in der du für die Einführung des 17. Juni, des »Tags der deutschen Einheit«, als Nationalfeiertag des wiedervereinten Deutschland eintrittst.

C 16 »Vater und Mutter wählen für mich CDU« (1953)

Plakat der CDU zur Bundestagswahl am 6. September 1953

Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag stellte sich die Regierung Konrad Adenauer (CDU) erstmals der Wiederwahl.

28,8% der SPD. Durch dieses Ergebnis gestärkt, konnte die Union im Oktober 1954 die Zahlung des Kindergeldes erst ab dem dritten Kind durchsetzen.

ARBEITSAUFTRÄGE

► Beschreibe das Plakat und analysiere das Foto des Schuljungen. Vergleiche die äußeren Merkmale des Plakats mit **B 4**.

► Arbeite die Botschaft heraus, die das Plakat verkündet. Berücksichtige hierbei die Mimik des Jungen und seine äußere Erscheinung (Kleidung).

► Überprüfe anhand von Fotos aus deiner eigenen Familie, aus einer Schulgeschichte oder mittels einer Internetrecherche (z. B. mit dem Suchbegriff: Schulkind 1950er Jahre), inwiefern der dargestellte Junge dem Ideal der 1950er Jahre entspricht. Wie sah das Idealbild der Mädchen aus?

► Versetze dich in die Rolle eines Plakatgestalters und skizziere eine Neuaufgabe des Plakats, die in die heutige Zeit passt. Erwäge eine entsprechende Abänderung der Textzeile, der Kleidung des Jungen und vielleicht seiner Frisur. Überlege, wodurch die Schiefertafel zu ersetzen wäre, die der Junge in den Händen trägt. Natürlich kannst du auch anstelle des Jungen ein Mädchen ins Bild setzen.

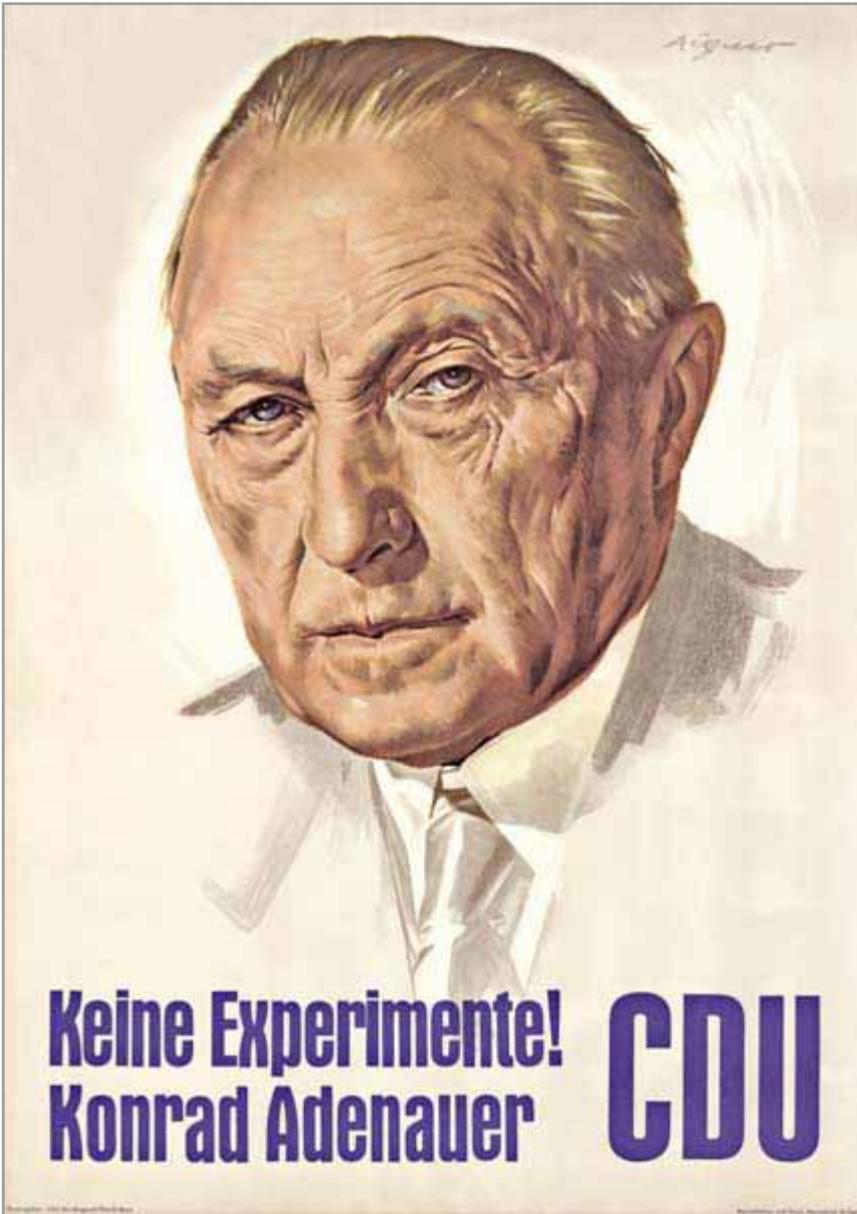


Hintergrund

Bei der Bundestagswahl des Jahres 1949 erzielte die CDU/CSU 31%, während die SPD auf 28,2% kam. Im Bundestag war Konrad Adenauer nur mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt worden. Um eine Regierung bilden zu können, koalierte er mit anderen Parteien wie FDP (11,9%) und Deutsche Partei (DP) (4,0%). 1949 erfolgte die Wahl noch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Dagegen stand die Bundesrepublik 1953 ganz im Zeichen des Wirtschaftswunders. Die CDU/CSU musste den Verlust der Regierungsverantwortung nicht ernsthaft befürchten.

Seit ihrer Gründung hatte sie versucht, sich als familienfreundliche Partei zu profilieren. 1953 stand die Einführung des Kindergelds an. Die CDU/CSU plädierte dafür, erst ab dem dritten Kind zu zahlen. (Das damalige Leitbild der »Normalfamilie« ging von zwei bis vier Kindern aus.) SPD und Gewerkschaften kritisierten dies und drängten auf ein Kindergeld bereits für das erste Kind. Auch die Koalitionspartner der Union leisteten Widerstand, sodass der Gesetzentwurf 1953 nicht mehr zustande kam. Die Wahl vom 6. September 1953 brachte der CDU/CSU jedoch einen triumphalen Erfolg ein. Sie erreichte 45,2% und lag somit weit vor den

C 17 »Keine Experimente!« (1957)



Plakat der CDU zur Bundestagswahl am 15. September 1957

Auf dem Plakat der CDU ist der 81-jährige damalige Parteivorsitzende und Bundeskanzler Konrad Adenauer dargestellt. Das Porträt ist das Werk des österreichischen Kunstprofessors Paul Aigner. Der Werbefachmann Hubert Strauf schuf den Slogan »Keine Experimente!«. Später erklärte er, er habe mit diesem Spruch in erster Linie den Zeitgeist aufgegriffen.

Stadtsarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 11076

Hintergrund

Seit er 1949 zum ersten Mal zum Bundeskanzler gewählt worden war, betrieb Adenauer die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis und den Aufbau einer eigenen Armee, die 1956/57 als Bundeswehr gegründet wurde. Dagegen erhob die SPD die Forderung, die Bundesrepublik aus der NATO herauszulösen, um die Wiedervereinigung auf den Weg zu bringen. In den Monaten vor der Bundestagswahl 1957 entbrannte zwischen den Bonner Parteien eine heftige Auseinandersetzung über diese Fragen.

ARBEITSAUFTRÄGE

- ▶ Vergleiche das Plakat mit anderen, hier vorgestellten Plakaten aus der Zeit der Weimarer Republik und der Bundesrepublik. Stelle entscheidende Unterschiede fest.
- ▶ Zeige im Vergleich mit **C 18** und den Plakaten im Anhang (S. 71), inwiefern das Plakat von 1957 einen Vorbildcharakter entfaltete, der bis in die Gegenwart anhält.
- ▶ Konrad Adenauer ist hier wie auf einem Gemälde dargestellt. Der Vergleich mit Fotografien zeigt, dass die Mimikfalten des 1957 81-jährigen Politikers zwar realistisch wiedergegeben sind, doch erscheinen im Gemälde die

Haare fülliger und blonder; auch das Blau der Augen ist wohl übertrieben. Diskutiere die mit dieser Art der Darstellung – Realismus einerseits, Korrekturen andererseits – beabsichtigte Wirkung auf den Betrachter.

- ▶ Benenne politische, wirtschaftliche und soziale Errungenschaften der Kanzlerschaft Adenauers ab 1949, die es für die CDU gemäß dem Slogan »Keine Experimente!« zu verteidigen galt. Zeige, in welcher Hinsicht mit diesem Slogan vor allem die SPD angegriffen werden sollte (vgl. **C 12**). Informationen liefert www.konrad-adenauer.de/aera_adenauer.html
- ▶ Informiere dich über die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1957. Vergleiche sie mit der Wahl von 1953 und stelle das Ergebnis in Form eines Diagramms dar.
- ▶ Bewerte die Zustimmung der Wähler zu dem Slogan »Keine Experimente!« vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses von CDU und CSU, die 1957 beide mit dem gleichen Plakat geworben hatten.

C 18 »Vorán mit Willy Brandt« (1961)

Stadttarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 12095



Wahlplakat der SPD für den Wahlkreis Mannheim zur Bundestagswahl am 17. September 1961, herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn

Carlo Schmid, Professor für Völkerrecht in Tübingen und für Politische Wissenschaften in Frankfurt/Main, war führend am Aufbau Südwestdeutschlands nach 1945 beteiligt. Er hatte für Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern die Landesverfassungen mitentworfen und maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes mitgewirkt. Als Direktkandidat der SPD für den Wahlkreis Mannheim war er von 1949 bis 1972 Mitglied des Bundestags. Das Wahlplakat von 1961 nennt auch den damaligen Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, seit 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin (West), der 1961 zum ersten Mal als Kanzlerkandidat gegen die CDU/CSU-Regierung unter Konrad Adenauer antrat. Die SPD verzeichnete 1961 zwar einen Zuzugewinn an Wählerstimmen (von 31,8% im Jahr 1957 auf 36,2%), aber erst 1969 gelang es Willy Brandt, das Amt des Bundeskanzlers unter einer SPD/FDP-Regierung zu übernehmen.

Quelle

Am 13. August 1961, kurz vor der Bundestagswahl, wurde in Berlin die Mauer erbaut. Das Plakat wurde vermutlich lange zuvor gedruckt. Carlo Schmid ging jedoch bei einem Wahlauftritt in Mannheim am 12. September 1961 und in einem zwei Tage danach abgedruckten Interview auf das Thema ein:

»Das Geschehen in Berlin ist kein Abschluß, sondern Auftakt neuer Aggression. (...) Jetzt brauchen wir die nationale Solidarität, eine Regierung, die die Zersplitterung verhindert und neue Kräfte weckt. Demokratie heißt

nicht sich zerstreiten, sondern zusammenraufen. Wollen wir den Bestand unserer Freiheit wahren, müssen wir zusammenstehen und gemeinsame Front machen, aber nicht den politisch anders Denkenden als Feind betrachten. (...)«

Neue Neckarauer Zeitung vom 12. September 1961

ARBEITSAUFTRÄGE

► Vergleiche das Plakat Carlo Schmid mit dem Adenauer-Plakat von 1957 (C 17). Benenne Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

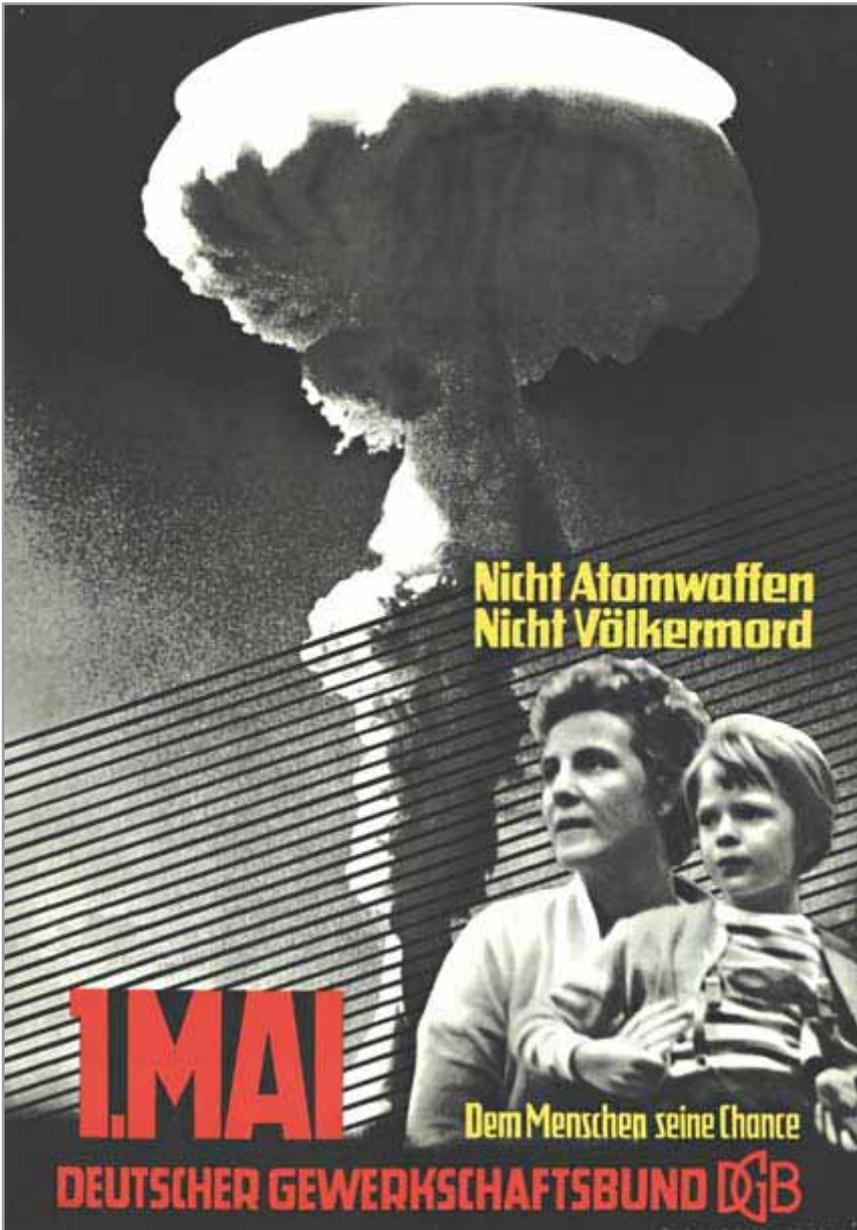
► Analysiere das Verhältnis von Bild

und Text und erläutere die Funktion der Parole »Vorán mit Willy Brandt«.

► Bringe die vom Gestalter des Plakats verwendeten Mittel in einen Zusammenhang mit der beabsichtigten Wirkung auf den Betrachter. Berücksichtige dabei die Einbindung des Hinweises auf die Politik von Willy Brandt in das Plakat.

► Erläutere das Demokratieverständnis von Carlo Schmid anhand des Quellentextes. Informiere dich über seine Rolle als Gegenspieler Adenauers einerseits, als Mitgestalter des demokratischen Aufbaus im deutschen Südwesten und der Bundesrepublik Deutschland sowie als überzeugter Europäer andererseits (www.dhm.de/lemo/html/biografien/SchmidCarlo/index.html).

C 19 »Nicht Atomwaffen – Nicht Völkermord« (1962)



Stadtsarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Plakatsammlung 508

Plakat des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zu den Maikundgebungen am »Tag der Arbeit« im Jahr 1962

Seit seiner Gründung im Jahr 1949 zeichnete die Spitze des DGB für die Maifeiern verantwortlich. Sie beschloss die Maiaufrufe und die zentralen Maiparolen.

ARBEITSAUFRÄGE

- ▶ Beschreibe das Plakat unter Benennung der eingesetzten Bildmittel.
- ▶ Erläutere die Bedeutung der Verwendung von Fotos für die Darstellung von Mutter und Kind sowie des Atompilzes.
- ▶ Setze dich mit der Botschaft auseinander, die das Plakat vermitteln wollte.
- ▶ Bewerte das Plakat vor dem Hintergrund der Atombombenabwürfe am Ende des Zweiten Weltkrieges auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Die Atombomben töteten etwa 155.000 Menschen sofort. Weitere 110.000 Menschen starben innerhalb weniger Wochen an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung, zahlreiche weitere an Folgeschäden in den Jahren danach.
- ▶ In den 1950er Jahren demonstrierten die Supermächte USA und UdSSR ihre Militärmacht auch durch Atomwaffentests. Beurteile, in welcher Hinsicht auch diese Tatsache zum Verständnis des Plakates beitrug.
- ▶ Nimm Stellung zu der Vermutung, dass die »Maiparole« des DGB von 1962 und das Plakat die Zuspitzung der Berlin-Krise bzw. des Kalten Kriegs durch den Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961 widerspiegeln (vgl. dazu www.lpb-bw.de/geschichte/mauer.php3).
- ▶ Informiere dich über den gegenwärtigen Stand und die aktuellen Probleme der weltweiten atomaren Rüstung und arbeite heraus, inwiefern der Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Mai 1962 (Hintergrund) immer noch Gültigkeit besitzt.

Hintergrund

Der Appell gegen Atomwaffen und Völkermord wendet sich gegen die Auswüchse der Aufrüstungspolitik in den Jahren des Kalten Kriegs. 1957 hatte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer dafür ausgesprochen, die Bundeswehr mit Atomsprenköpfen und Abschussbasen für atomare Kurzstreckenraketen auszustatten. Damals warnten Atomwissenschaftler mit der sogenannten Göttinger Erklärung vor den Gefahren nuklearer Bewaffnung. SPD, FDP, Gewerkschaften und Kirchen riefen gemeinsam mit anderen Gruppierungen die Kampagne »Kampf

dem Atomtod« ins Leben. Dazu erging am 10. März 1958 ein bundesweiter Aufruf an die Bevölkerung.

1962 standen die Maikundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) unter dem Motto »Nicht Atomwaffen – Nicht Völkermord«. In einem Aufruf betonte der DGB unter anderem: »Nur wenn es gelingt, die Atomwaffen in der ganzen Welt zu ächten und zu vernichten, und nur, wenn eine allgemeine Abrüstung herbeigeführt wird, kann die Gefahr der völkervernichtenden Katastrophe abgewendet und der Frieden der Welt gesichert werden.«